

Expedition der „Italia“ seine drei tüchtigsten Mitarbeiter dem sicheren Tode auf der Eiswüste entgehen ließ. Keiner, der Matrosen kannte, glaubt an die Erklärung Robiles, daß der junge schwedische Forscher nach der Katastrophe des leichtfertig ausgeführten Luftschiffes Selbstmord habe verüben müssen. Im Gegenteil: In Schweden nimmt man an, daß Matrosen und seine beiden Begleiter einen besonderen Grund gehabt haben, den General Robile zu verlassen. „Sagen Sie die Wahrheit, Herr General!“, so heißt es in dem schwedischen Blatt.

In den letzten Wochen hat jeder, der die Berichte, die durch Robile von der „Citta di Milano“ kamen, las, das Gefühl gehabt, daß der General nicht die Wahrheit sagte. Es sind Dinge verschwunden worden, die, wenn sie bekannt gewesen wären, die Rettungsmassnahmen anders gestaltet hätten. Man muß sich klar darüber sein, daß die besten Kenner des ewigen Eises ihre Hilfs-Expeditionen wogten in dem Glauben, daß Robiles Mitteilungen richtig waren. Sie schien ihr Leben aufs Spiel, und — diese Annahme ist heute leider in mehr denn einem Falle nicht mehr abzuweisen —, sie verloren ihr Leben, weil Robile lag. Ein Beispiel: Der Ueberwinterungsingenieur an den Kohlenminen auf Spitzbergen, der dänische Ingenieur Warming, war ein in Fortschrittskreisen hochangesehener, tüchtiger und energischer Mann, der viele Schlitterreisen auf das Eis hinaus unternommen hatte und schon oft in den Regionen des Pols wichtige Dienste geleistet hatte. Er ging zusammen mit dem Hauptmann Sara hinaus in das ewige Eis, veranlaßt durch die Mitteilungen Robiles, wonach das Eis sicher sei. Kaum wagt man daran zu zweifeln, daß Sara und Warming tot sind.

„Ich finde, daß Robile sich unverzeihlich leichtsinnig benommen hat, ja, mehr noch als das...“ So sagt der dänische Polarforscher Freuchen. Robile hat wider besseres Wissen falsche Rapporte abgegeben, er hat unangenehme Tatsachen verschwiegen, und er ist deshalb schuld daran, daß die gesamte Hilfsarbeit auf einer verkehrten Basis gestartet worden ist. Matrosen und Ceccioni sind tot, Amundsen, Vigliani und die Mannschaft des abgeführten Ballons sind so gut wie aufgegeben. Wer hat die Schuld? Robile, der allen Warnings und Warnings zum Trotz am 24. Mai, dem Tage des italienischen Kriegseintritts, am Nordpol die italienische Flagge abwerfen wollte! Der dänische Forscher sagt: „Robile ist sicher der unpopulärste Mann in Europa. Selbst seine Landsleute werden ihn kaum mit offenen Armen aufnehmen, er muß sich in acht nehmen, innerhalb der norwegischen Dreimeilenzone zu erscheinen. Fast möchte der Letzte wünschen, bei seinen Kameraden auf dem Eis zu sitzen.“

Das ist die Ansicht eines dänischen Forschers von hohem Ruf. Darüber hinaus aber sagt sich, wer Robiles Verhalten von der psychologischen Seite aus prüft, daß hier ein Verbrechen vorliegt, das bezeichnend ist für den Faschismus an sich. Helldemut wird im Munde geführt, Vorwurfsvorwürfen werden willig entgegengenommen, billige Demonstrationen werden unter pompösen Begleitumständen in die Wege geleitet! Aber wenn es nachher darauf ankommt, gerade zu stehen, zu zeigen, daß hinter den Phrasen Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl des echten Führers vorhanden sind, dann ist es zu Ende. Dann verrät der Ingenieur, dann sterben elend im Eise die Begleiter, und nur der Führer wird gerettet.

Der Faschismus hat in den sechs Jahren seiner Herrschaft keine so schwere moralische Niederlage erlitten, als die Schmach, die Robile ihm beibrachte. Eine Bewegung, hinter der nur renommierteste Machtwerke steht, muß verjagen. Es fehlt die Überzeugung, die einzig und allein den Menschen befähigt, nicht nur profane Reden zu gebrauchen, sondern vor allen Dingen denen gegenüber, die ihm das Leben als Untergebene zur Seite stellt, seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun...

Hier hat nicht Robile allein verfehlt. Hier verfehlt der Faschismus.

Noch 40 Kilometer!

Moskau, 12. Juli.

Der Eisbrecher „Kroffin“ befindet sich zur Zeit in gerader Richtung 40 Kilometer von der Gruppe Biglietti entfernt und wird, wie man hier annimmt, bei günstigen Eisverhältnissen am Freitag abend einen neuen Versuch unternehmen, längs der Nordseite der Insel Joga und der Brod-Insel bis zur Gruppe vorzudringen.

Das Zeugnis des Segners.

Deutschnationale Zerstörung der Helfferich-Legende.

Den Deutschnationalen ist die von dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding getroffene Feststellung, daß er nicht der letzte Minister der Inflation, sondern der erste Minister einer festen Währung gewesen ist, außerordentlich unangenehm. Hilferdings Feststellungen waren so unwiderleglich, daß die deutschnationale Fraktion sich nicht imstande sah, im Reichstage darauf zu antworten. Um so mehr versucht sie jetzt durch Verleumdungen in ihrer Presse zu wirken. Vor allen Dingen wird behauptet, Hilferding habe durch sein Verhalten die neue Währung wochenlang verzögert und dadurch den Wert der Mark von einer Milliarde auf eine Billion herabgedrückt. Wie falsch und unberechtigt diese Behauptung ist, zeigt ein glänzendes Zeugnis eines Deutschnationalen. Ein Freund Helfferichs, Karl v. Lumm, schreibt in seiner Biographie über Helfferich, die von Lobpreisungen Helfferichs wimmelt, folgendes:

„Ein sehr wichtiger Grund für die lange Hingezögerung war die durch Hilferding von Anfang an vertretene Ansicht, daß die Durchführung einer Währungsreform nicht möglich sei, solange unsere Geldwirtschaft durch den passiven Widerstand im Ruhrgebiet belastet und deshalb die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt ausgeschlossen sei. Dieser Einwand war von um so größerer Tragweite, als er von Stresemann und auch von Luther als richtig anerkannt wurde. Der tiefere Grund lag darin, daß der Ruhrkampf, der unübersehbare Summen verfrachtete, nicht planmäßig durch wasserfeste Steuererlässe finanziert wurde und deshalb mit Hilfe der Notenpresse finanziert werden mußte. Diese Art der Geldbeschaffung war damals nicht mehr zu vermeiden. Wie die Dinge lagen, war es in der Tat unmöglich, während der Dauer des Ruhrkampfes ein wertbeständiges Zahlungsmittel herauszugeben.“

Also selbst sachkundige Deutschnationale müssen anerkennen, daß Hilferdings Verhalten richtig war, durch seine Bemühungen die ungeheuren Kosten für den Ruhrkampf eingespart wurden und damit die Voraussetzung geschaffen worden ist für die Stabilisierung der Währung, die Hilferding eingeleitet hat, und die von seinem Nachfolger schließlich vollendet wurde.

Deutschland zur Unterzeichnung bereit.

Die Antwort an die amerikanische Regierung.

Die vom Staatssekretär von Schubert dem amerikanischen Botschafter Shurman im Auftrag der Reichsregierung überreichte Antwort auf die letzte Note bezüglich des Kriegsschlichtungspaktes besagt:

„Die deutsche Regierung hat die Ausführungen der Note und den ihr beigelegten revidierten Entwurf des Paktes mit größter Sorgfalt geprüft. Sie stellt mit Benugung fest, daß der in der Note dargelegte Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der grundsätzlichen deutschen Auffassung entspricht, wie sie in der Note vom 27. April dieses Jahres mitgeteilt wurde. Auch mit den Änderungen in der Präambel des Entwurfs des Paktes ist die deutsche Regierung einverstanden. Sie freut sich daher, erklären zu können, daß sie von den in der Note Exzerptierten vom 22. Juni enthaltenen Darlegungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Akt nimmt, daß sie der Auslegung zustimmt, die darin den Bestimmungen des in Aussicht genommenen Paktes gegeben wird, und daß sie demgemäß bereit ist, diesen Pakt in der jetzt vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.“

Deutschland ist somit die erste im Völkerbundsrat vertretene Macht, die ihre vorbehaltlose Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Paktes zum Ausdruck gebracht hat. Frankreich laboriert noch an jenen Hemmungen, die durch seine militärischen Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen und den Staaten der kleinen Entente verursacht, während England wieder einmal die Notwendigkeit vor-

zieht, sich mit seinen Dominions zu verständigen, um wenigstens Zeit zu gewinnen.

Frankreichs Vorbehalte.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

In der Antwort der französischen Regierung auf die Kellogg-Note behält sich Frankreich nach einer Meldung des „Matin“ die volle Freiheit vor, trotz der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zu den Waffen zu greifen, wenn die bestehenden Verträge verletzt, neutrale Zonen bedroht oder seine Verbündeten überfallen werden.

Eine Juristenbesprechung in Berlin.

Wie man durch die englische Presse erfährt und wie von deutscher Seite jetzt amtlich bestätigt wird, hat in der vergangenen Woche in Berlin ein „informeller“ Gedankenaustausch zwischen den Juristen des deutschen, des französischen und des englischen Auswärtigen Amtes, Dr. Gauß, Fromagert und Cecil Hurst, stattgefunden. Dabei wurden vor allem die Fragen des Kellogg-Paktes und des Sicherheitsausschusses besprochen.

Ein deutsches Weißbuch.

Die Reichsregierung hat ein Weißbuch herausgegeben, das alle Dokumente bezüglich des Antikriegspaktes enthält.

Autobustkatastrophe im Harz.

4 Tote und 28 Schwerverletzte.

Nordhausen, 12. Juli.

Ein Personenzug der Strecke Walkenried-Brannlage der Südharzbahn erlitt heute nachmittags ein unübersehbarer Wegstelle einen vollstetigen Personentrastwagen und überrannte und zertrümmerte ihn; von den Insassen wurden 28 schwer verletzt in das Nordhäuser Krankenhaus gebracht.

Vier Personen wurden getötet.

Der Hergang des Unglücks.

Brannlage, 12. Juli. (Eigenbericht.)

An einer Stelle, die etwa je eine halbe Meile von Bad Sachsa und Biede entfernt liegt, auf einer etwas abschüssigen Chaussee, die von dem Schienenstrang der Kleinbahnlinie Walkenried-Brannlage gekreuzt wird, hat sich am Donnerstag gegen 4 Uhr nachmittags ein folgenschwerer Unfall zugezogen. Zwei Kraftomnibusse, von denen der eine etwa 45, der andere etwa 25 Personen zu fassen vermag, hatten von Walkenried aus eine Fahrt nach Bad Sachsa unternommen. In dem größeren Autobus befanden sich 36 Schulknaben mit ihrem Lehrer und dessen Familie sowie einige weitere erwachsene Personen. Dieses Auto passierte gegen 16 Uhr die Unfallstelle, als unmittelbar danach der Zug von

Walkenried über Biede herannahte. Das folgende zweite Auto bemerkte den Zug zu spät und stieß mit der Lokomotive zusammen. An der Unfallstelle stand ein stärkerer Baum, der ein Umkippen des Autos verhinderte.

Das Auto kam zwischen Lokomotive und Baum und wurde auf der rechten Seite vollständig aufgerissen. Die Lokomotive wurde durch das am Baum festgerammte Auto aus den Schienen gehoben, kippte um und rutschte auf der Seite noch einige Meter weiter und wühlte sich zirka einen Meter tief in den weichen Ackerboden ein.

Die Wirkung des Zusammenstoßes war furchtbar. Die Mehrzahl der 22 Insassen wurde von den Glas- und Holzsplittern des Autos teilweise furchtbar verletzt. Drei Personen waren sofort tot, und zwar der Landwirt Südde, seine Verwandte, die Witwe Kranzfeld, ein Fräulein Burghard und der Chauffeur.

Kurze Zeit nach dem Unglück eilten aus dem nahen Bad Sachsa, aus Walkenried und Sorge Verze herbei. Die Verunglückten wurden in dem untersten Omnibus sofort nach Nordhausen in das Krankenhaus gebracht. Der Abtransport der Unverletzten währte längere Zeit. Entsetzlich war es anzuschauen, als man endlich nach einigen Stunden die vielen Schulknaben in einem Autobus abtransportieren wollte. Die meisten der völlig verletzten armen Geschöpfe sträubten sich, in das Auto zu steigen, und erst nach langem Zureden gelang es endlich, sie abzutransportieren.

Die Verschwörung des Schweigens.

Vom deutschnationalen Kriegsschaulach.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist vor einigen Tagen auf den Streit im deutschnationalen Lager eingegangen, sie hat die Machtkämpfe zugestanden, für Westarp gegen Hugenberg Partei ergriffen. Darauf antwortete die „Deutsche Zeitung“:

„Wir müssen gestehen, daß uns diese Ausführungen auf das höchste überraschen. Soweit wir wissen, ist von allen Teilnehmern an der Deutschnationalen Parteiverversammlung, insbesondere also auch zwischen den verschiedenen Richtungen, wenn es soche geben sollte, vereinbart worden, keinerlei Mitteilungen über die Tagung in die Presse gelangen zu lassen. Wenn auch die Linksprelle bereits sich erstaunlich gut unterrichtet gebildet und genaueste Schilderungen über den angeblichen Verlauf der vertraulichen Beratungen gegeben hatte, jetzt es uns doch in Verwunderung, daß nunmehr ein deutschnationales Blatt von sich aus ebenfalls Mitteilungen über die Tagung machen zu dürfen glaubt.“

Sie hatten also eine Verschwörung des Schweigens getroffen, um den inneren Krieg vor der Öffentlichkeit zu verbergen!

Schlußföhung in Genf.

Die zweite Konvention für Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote unterzeichnet.

Die Genfer Diplomatent Konferenz zur Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote ist beendet. In der Schlußföhung haben 26 von den 28 vertretenen Staaten das Zusatzabkommen zu der im November vorigen Jahres aufgestellten Hauptkonvention unterzeichnet. Falls die erforderlichen Ratifikationen für die beteiligten Staaten rechtzeitig vorliegen, tritt die vereinbarte Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote mit 18 Vorbehalten am 1. Januar 1930 in Kraft. Am 1. Oktober 1929 kommen aber bereits die Vereinbarungen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote für Häute und Knochen in Geltung.

Man muß sich hüten, die für die Befreiung des internationalen Warenverkehrs von den Handelsbeschränkungen der einzelnen Länder in Genf erzielten Fortschritte zu hoch einzuschätzen. Einmal hat die Konferenz sehr wichtige Vorbehalte aufrecht erhalten. Zum anderen handelt es sich bestenfalls um die Begrenzung von Kriegen und Inflationsballast, den der internationale Warenverkehr in der Vorkriegszeit zum größten Teil nicht kannte. Ein großer Fortschritt liegt aber dennoch in den in Genf gefundenen neuen kollektiven Formen internationaler Handelspolitik zu treiben. Die jetzt beschlossenen Konventionen können gemessen werden als kollektive Handels-

vertragsverhandlungen“ angesehen werden, bei denen durch einen gemeinsamen Beschluß Dinge vereinbart werden, die sonst nur von Land zu Land festgelegt werden konnten. Das formale Gelingen dieser Verhandlungen ist fast wichtiger als ihr materielles Ergebnis. Die an den Genfer Verhandlungen beteiligten Staaten haben bewiesen, daß auch in wirtschaftlichen, nicht nur in politischen Dingen, heute kollektive Verhandlungs- und Entschließungsmöglichkeiten gegeben sind. Man muß nur hoffen, daß derartige Verhandlungen mit positivem Ergebnis in der Zukunft auch für wichtigere Objekte gelingen.

Nichts gelernt!

Barbarei, maskiert als Sozialismus.

In der „Roten Fahne“ verteidigt ein gewisser Herr Fröhlich die Schacht-Hinrichtungen mit der These: „Freiheit des Proletariats ist Vernichtung des Klassenfeindes“.

Das ist der primitive Standpunkt von Steinzeitmenschen: wer außerhalb der Horde steht, ist ein Feind, der togeschlagen werden muß. Die ganze sozialistische Erkenntnis dieses Kommunisten besteht in dem Satz: schlagt die Bourgeois tot. Dabei die Kommunisten niemals einen Zweifel darüber gelassen haben, daß die Sozialdemokraten zu den Bourgeois rechnen, daß sie vielmehr Sozialdemokraten noch vor den Bourgeois totschlagen würden.

Diese These: Freiheit des Proletariats ist die Vernichtung des Klassenfeindes ist ein Beweis für die geistige Primitivität und die grauenvollste sozialistische Unbildung der Kommunisten. Sie haben heute noch nicht begriffen, daß es nicht der Sinn des Sozialismus ist, Menschen auszurotten, sondern die Beziehungen zwischen Menschen zu regeln unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit und der Achtung vor der Menschenwürde. Für sie haben die großen sozialistischen Lehrer nicht gelebt. Sie müssen erst vom barbarischen Denken zur Achtung von Menschenleben und Menschenwürde erzogen werden, ehe sie das ABC des Sozialismus buchstabieren lernen.

Siegesfeier in Bozen.

Mussolini drückt sich und schickt den König vor.

In Bozen fand gestern eine „Siegesfeier“ mit Einweihung eines Denkmals, Ritzporade usw., statt. Der König war mit einigen Ministern erschienen, Mussolini dagegen fehlte. Es waren strengste Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, auch die Kontrolle an der Tiroler Grenze war verschärft. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Die deutsche Bevölkerung hatte die Feier gemieden, die Straßen waren mit Ausnahme von italienischen Gruppen leer. Nur die deutschen Musikkapellen und Schulkinder waren durch Drohungen gezwungen worden, an den Aufzügen für den König teilzunehmen.

Die Amnestie.

Kein Freibrief für Kommunisten und Böllische!
Von Wilhelm Dittmann.

Der Reichstag wird heute ein Amnestiegesetz beschließen, das in weitgehendem Maße für politische Delikte Straffreiheit gewährt. Gleichzeitig wird er in einer Resolution für Vergehen aus sozialer Not Berücksichtigung bei Einzelbegnadigungen empfehlen. Das Zustandekommen dieser Amnestie ist vor allem ein Verdienst der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zugute kommt die Amnestie vornehmlich Angehörigen und Mitläufern der „äußersten Linken“ und der „äußersten Rechten“, der Kommunisten und der Böllischen und ihnen nahestehender Gruppen.

Wir Sozialdemokraten haben wahrhaftig keinen Grund, uns der Kommunisten und der Böllischen etwa mit besonderer Liebe anzunehmen. Die einen wie die anderen bekämpfen uns in der strupellosesten und demagogischsten Weise und betrachten die Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind. Wenn wir uns trotzdem so nachdrücklich für die Amnestie eingesetzt haben, so ist das begründet durch die „himel-schreiende Parteilichkeit“, mit der die deutsche Justiz jahrelang einseitig nur gegen „links“ vorgegangen ist und dabei die härtesten und ungerechtesten Urteile gefällt hat. Hunderte von Kommunisten irreführter und mißbrauchter Proletarier, die in den schlimmsten Zeiten der Inflation und der Deflation geglaubt haben, durch Teilnahme an sinnlosen Putz- und Verschöneraktionen der Befreiung ihrer Klasse zu dienen, sind zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Gleichzeitig aber war die Justiz blind gegen die gleichen und weit gefährlicheren Verfehlungen von „rechts“.

Vergebens haben wir Sozialdemokraten lange Zeit hindurch auf die verheerende Wirkung hingewiesen, die durch diese einseitige Klassenjustiz im Rechtsbewußtsein des Volkes angerichtet werden mußte und angerichtet worden ist. Erst allmählich hat man auch im bürgerlichen Lager begriffen, daß tatsächlich eine Vertrauenskrise der Justiz eingetreten war und der von den Gerichten verursachte Schaden wiedergutmacht werden mußte. Diese Stimmung wuchs, als es der Sozialdemokratie endlich gelang, die Justiz dahin zu bringen, auch gegen „rechts“ die Gesetze anzuwenden. Vor allem haben die Prozesse über die Fremdenräuber der bürgerlichen Öffentlichkeit die Augen geöffnet über die Gemeingefährlichkeit der „Rechts“verbrecher. Im Gegensatz zu den Verurteilungen gegen „links“ sind die Urteile gegen diese Verbrecher von „rechts“ meistens sehr milde ausgefallen. Wenn es trotzdem gegen „rechts“ zu Todesurteilen und Zuchthausstrafen gekommen ist, so lag das an der Ungeheuerlichkeit der begangenen Straftaten.

Durch die Verurteilungen gegen „rechts“ bekamen auch die politischen Rechtskreise ein Interesse an einer Amnestie. So entstand die psychologische Situation, in der der Gedanke einer möglichst weitgehenden Amnestie für politische Delikte sich durchsetzen konnte. Wir Sozialdemokraten sehen in der Amnestie gegen „links“ einen Akt der Wiedergutmachung des schweren Unrechts, das die Justiz in den auf Inflation und Deflation gefolgten Jahren begangen hat. In der Amnestie gegen „rechts“ dagegen sehen wir eine Sache nicht berechtigter Vergünstigung. Wir wissen aber, daß ohne sie die Wiedergutmachung nach „links“ von den bürgerlichen Parteien nicht zu haben ist. Wollen wir die Amnestie nach „links“, so müssen wir die Amnestie nach „rechts“ mit in Kauf nehmen. Aus dieser Zwangslage heraus hat die sozialdemokratische Fraktion in der Amnestiefrage gehandelt.

Wir sind uns völlig klar darüber, daß die Kommunisten, die schuld daran sind, daß Hunderte braver Proletarier von der bürgerlichen Klassenjustiz zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt werden konnten und die jetzt davon fesseln, daß ihr „Massendruck“ die Amnestie „erzwungen“ habe, fortfahren werden, über den „Amnestieerrat“ der Sozialdemokratie zu schreien und zu schimpfen. Das läßt uns kalt, denn, wie schon betont, ist unsere Stellung nicht aus Liebe zu den Kommunisten diktiert, sondern aus unserem Gefühl für Gerechtigkeit.

Die Rolle der Kommunisten in der Amnestiefrage ist in den Augen jedes geraden und aufrechten Menschen und erst recht in den Augen jedes wirklichen Revolutionärs lässlich und jämmerlich. Alle ändern konnten Amnestie fordern, nur die Kommunisten nicht! Wo war es bisher da in der Geschichte, daß Revolutionäre, die in die Fänge der Machthaber geraten waren, sie um Vergebung anwinkeln? Die bürgerlichen Revolutionäre von 1848 verfehlten jeden der ihrigen, der so zu handeln wagte. Sie sangen voll revolutionären Trohes:

Wenn die Fürsten fragen:
„Will er Amnestie?“
Soffen ihnen sagen:
„Er hat steife Arnie.“

„Steife Arnie“ kennen die heutigen Kommunisten nicht. Auch bei uns Sozialdemokraten galt in den Zeiten unserer Achtung, in den schwachen Jahren des Sozialistengesetzes, und gilt bis auf den heutigen Tag, ein Betteil an Amnestie, um Vergeben und Vergessen als schwächlich und eines aufrechten politischen Kämpfers unwürdig. Es blieb den Kommunisten vorbehalten, diesen Bruch mit der revolutionären Tradition herbeigeführt und ihre „bürgerlichen Led- und Klassenfeinde“ um Amnestie angefleht zu haben, um Vergeben und Vergessen von Laten, die sie veranlaßt haben.

Kommunisten wie Böllische mögen sich aber darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie, wenn sie auch überzeugt ist, unter die politischen Missetaten der Vergangenheit jetzt einen Strich machen zu können, weil die Republik stark und gefestigt dasteht, doch nicht gewillt ist, durch die Amnestie einen Freibrief auszustellen für neue frevelhafte Akte gegen das Gefüge der Republik!

Reichskabinett und Eisenbahntarife.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Erhöhung der Eisenbahntarife. Das Reichskabinett beschloß, zur weiteren Klärung der Angelegenheit die Verhandlungen mit der Reichsbahn durch die zuständigen Ministerien fortzuführen.

Die Todesstrafe. Der holländisch-indische Volksrat hat die Abschaffung der Todesstrafe mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Der gestrichene Satz.



Bestand: Den schönsten Satz hab ich streichen müssen: die Partei steht einig bis auf den letzten Mann. — Welch unerwartete Bescheidenheit — plötzlich wollte jeder der „letzte Mann“ sein!

Severing vor dem Reichsrat.

Reichsgliederung und Rationalisierung der Verwaltung als Gegenwartsaufgaben

Die öffentliche Vollziehung des Reichsrats vom Donnerstag nachmittags wurde durch den neuen Reichsminister des Innern Severing geleitet, der die Sitzung mit folgenden Worten eröffnete:

Ich habe die Ehre, mich Ihnen heute in meiner neuen Amtsstellung als Reichsminister des Innern vorzustellen. Ich habe schon früher das Vergnügen gehabt, dem Reichsrat anzugehören, und bin Ihnen darum wohl kein Fremder. Ich glaube, daß uns jetzt die Arbeiten für die Entwicklung des Reiches in der nächsten Zeit recht oft zusammenführen werden. Die Reichsregierung hat die Absicht, nach den Beschlüssen der Länderkonferenz

Die Fragen der Reichsgliederung und Rationalisierung der Verwaltung weiterzuführen.

Schon allein diese Dinge werden die Reichsregierung und den Reichsrat oft zusammen beschäftigen und den Reichsminister des Innern recht oft in Ihre Mitte führen. Ich hoffe, daß wir uns dann näher kennenlernen werden. Ob wir dabei immer am gleichen Strang ziehen werden, ist Sache der Zukunft. Selbst wenn wir alle der Meinung sind, daß die Fragen, die ich eben andeutete, recht schnell zu einer gewissen Klärung gebracht werden müssen, so werden doch Streitpunkte bestehen aus Tradition und geschichtlicher Auffassung, welche Differenzen ergeben. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Die Gutachten der Gutachter der Länderkonferenz lassen sich auf dem Papier sehr leicht formulieren, die Ausführung aber in der Organisation des Reiches stellt uns vor große Aufgaben und Schwierigkeiten. Ich hoffe aber, daß uns auch etwaige Differenzen in einem nicht auseinanderbringen werden, in der gemeinsamen Arbeit für das Volkwohl, denn die Gliederung des Reiches und alles, was damit zusammenhängt, ist ja nicht Selbstzweck, sondern

Mittel zum Zweck, um den Staat und das Volk politisch, kulturell und wirtschaftlich vorwärts zu bringen.

und ich bin überzeugt, daß Sie darin mit der Regierung einig sein werden. So fasse ich meine Aufgabe auf und ich bin überzeugt, daß das auch Ihre Auffassung ist.

Preussischer Staatssekretär Dr. Weismann erwiderte hierauf: Namens des Reichsrats danke ich Ihnen, Herr Reichsminister,

für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung. Sie haben schon mit Recht hervorgehoben, daß im Laufe der nächsten Zeit sehr wichtige Aufgaben gerade vom Reichsminister des Innern zu lösen sind, die eine Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Reichsrat in viel höherem Maße voraussichtlich veranlassen werden, als es bisher der Fall war. Sie haben auch mit Recht hervorgehoben, daß die Aufgaben, die Ihnen dann gestellt sind, keine sehr leichten sind. Seien Sie überzeugt, daß der Reichsrat in vollem Vertrauen mit Ihnen zusammenarbeiten wird. Sie sind, wie Sie bereits hervorgehoben haben, uns durchaus kein Fremder. Als preussischer Minister des Innern haben Sie nicht nur dem Reichsrat angehört, sondern Sie haben in schwerer verantwortungsvoller Zeit eine Reihe von Anträgen instruiert und vielleicht auch im Reich mit heimgeführt, die in der damaligen schweren und unruhigen Zeit dem Reich eine große Beruhigung gebracht haben. Schon aus diesem Grunde können Sie überzeugt sein, daß der Reichsrat davon ausgeht, daß Sie gerade in der schwersten Frage, die jetzt bei der Neugestaltung des Reiches und der Verwaltung an uns herantritt, sicher auch das Interesse der Länder im Auge behalten werden und damit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gewährleistet wird. In diesem Sinne heiße ich Sie willkommen und spreche unsere Freude darüber aus, daß wir Gelegenheit haben werden, Sie oft als unseren Vorstehenden begrüßen zu können.

Der Reichsrat erklärte sich mit der Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über Schusswaffen und Munition einverstanden. Diese Verordnung regelt unter anderem die Frage, welche Waffen- und Munitionsarten nicht dem Besetze unterliegen sollen. Ferner wird die behördliche Zuständigkeit geregelt, und es werden Bestimmungen getroffen über die Bücher, die von den Waffenhändlern geführt werden müssen. Die neuen Satzungen des Kaiser-Friedrich-Krankenhaus-Vereins in San Remo wurden genehmigt, ebenso eine neue Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr und die Ausführungsbestimmungen zum Kraftfahrzeugsteuergesetz. Den vom Reichstag unverändert angenommenen Gesetzentwürfen betreffend das deutsch-schwedische Abkommen zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung und betreffend eine Novelle zum Viehschuhengesetz gab der Reichsrat die endgültige Zustimmung.

Poincaré-Berger.

Der Ministerpräsident will nichts zurücknehmen.

Ministerpräsident Poincaré hat an den radikalen Abgeordneten Berger, mit dem er am Montag in der letzten Sitzung vor Vertagung der Kammer einen heftigen Zusammenstoß hatte, und den er bei dieser Gelegenheit der Unwahrhaftigkeit beschuldigt hatte (siehe Donnerstag-Morgenausgabe des „Vorwärts“), ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er von seinen Äußerungen in der Kammer nichts zurückzunehmen habe. Wenn Abgeordneter Berger weitere Erklärungen wünsche, so stelle er ihm frei, in der nächsten Sitzung seine Interpellation wegen der rumänischen Stabilisierungsanleihe wieder aufzunehmen.

Beschwerde gegen Thomas und Bouisson

Ein solomonisches Urteil des französischen Parteivorstandes.

Paris, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs beschloß sich am Mittwoch mit einer Beschwerde der italienischen Sozialisten gegen die Reize des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes in Genf Albert Thomas nach Rom, sowie mit den Protesten verschiedener französischer Ortsgruppen gegen die Anwesenheit des Kammerpräsidenten Bouisson bei der jüngsten Nistienparade in Le Havre. Thomas und Bouisson sind Mitglieder der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Der Parteivorstand kam zu dem Beschluß, daß alle Sozialisten, die irgendein Staatsamt haben, bei der Ausübung ihrer Amts-

tätigkeit in erster Linie immer daran denken müssen, daß sie Sozialisten seien.

Berlegenheitsausweg des Serbentönigs

General Hadjschiff soll die Regierung bilden.

Belgrad, 12. Juli.

Der Kriegsminister General Hadjschiff wurde heute vom König mit der Bildung einer neutralen Regierung betraut. General Hadjschiff nahm das Mandat an und erklärte, er werde keine Mitarbeiter aus allen Parteien des Landes auswählen. Der General gab vorläufig keine Auskunft darüber, ob er das Mandat für eine Regierung zur Durchführung der Wahlen oder für eine Geschäftsregierung erhalten hat.

China gegen die alten Verträge.

Die Nanjingregierung kennt keine Halbheiten.

Peking, 12. Juli. (T.H.)

Wie aus Nanjing gemeldet wird, erklärte der Außenminister Wang in der Frage der Abänderung der Auslandsverträge, daß die Regierung sich mit den bisherigen Maßnahmen noch nicht begnügen werde. Sie werde bestrebt sein, alle ausländischen Konzessionen in China zu beseitigen. In erster Linie sollen diese in Honan, Schanghai und Tsinan aufgehoben werden. In dieser Frage kann eben die Nanjingregierung keine Halbheiten. So werden die Proteste Frankreichs gegen die Aufhebung der Konzessionen unbeachtet bleiben.

Das Mausoleum der Tiere

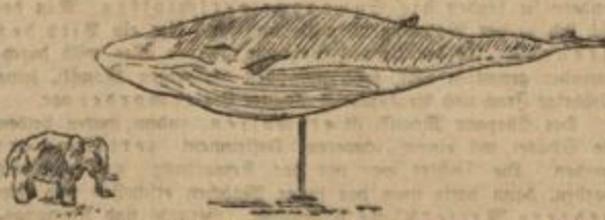
Das Zoologische Museum in Berlin als ein Teil des Museums für Naturkunde, gilt mit Recht als eine der interessantesten, wenn auch nicht der bekanntesten Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt. Darüber hinaus wird es von sachkundigen Kreisen als eine der größten und wichtigsten Sammelstätten biologischer Forschung angesehen, das an wissenschaftlichem Charakter und Reichhaltigkeit seiner Sammlungen selbst englische und amerikanische Institute übertrifft. Schon die umfangreiche Bibliothek von annähernd einhunderttausend Bänden weist auf seine internationale Bedeutung hin; ebenso liegen etwa 500 naturhistorische Fachschriften, Museums- und Vereinsberichte für wissenschaftliche Mitarbeiter aus.

Das große Publikum wird durch eine der großartigsten Schau-sammlungen der Tierwelt geführt. In Sälen von ungeheuren Aus-maßen zeigt man speziell die deutsche Tierwelt: Fische, Vögel, Vier-füßler, Insekten usw.; andere Räume enthalten die Wertwürdig-keiten aller Erdteile, vom Riesenvaal, Elefanten, Affen, Löwen bis zu den kleinsten Arten der Lebewesen in vorzüglich präparierten Exemplaren. Künstlich gefaltete Dioramen und erklärende Texte versuchen die Lebenserscheinungen der Tiere, ihre Gewohnheiten und ihre Umgebungen zu erklären. Die natürlichen und künstlichen Re-konstruktionen veranschaulichen Ungerheuer, speziell Reptilien, wie der Diplodocus von 27 Meter Länge sollen ohne weiteres auf. Dann hat man eine neuartige und für das Laienpublikum äußerst wich-tige Umgestaltung der Schau-sammlungen begonnen, die aber erst in Jahren heiligen Aufbaus vollendet sein wird, die Anordnung der Schaustücke in belehrenden Gegenüberstellungen oder wissen-schaftlich ausgedrückt als vergleichende Biologie. Durch Text und Schaubild soll z. B. das Volumen des größten Landtiers, des Ele-fanten gezeigt werden in seinem Verhältnis zur Größe des Wasser-tiers, des Wales. Es wird damit erklärt, daß Tierkörper mit diesen Fleischmassen auf dem Lande nicht existieren können und eine ganz andere Konstitution des Knochengestirns und der Muskeln bedingen als wie sie die Landtiere besitzen. Um ein anderes Beispiel zu nennen, werden die Unterschiedsformen verwandter Arten von Tief-seetiere und solchen im Flachwasser gezeigt, was sich ebenso durch ihre verschiedenen Existenzbedingungen erklärt. Eine solche vergleichende Biologie läßt sich auf alle Lebensfunktionen der Tier-welt anwenden. Wenn diese Aufstellung der Sammlungen durch-geführt sein wird, so ist damit eines der schätlichsten und schönsten Lehrprobleme gelöst und es wird jedenfalls mehr ansprechen als trodene Zahlen und Statistiken. Man hat auch Wert darauf gelegt, die ausgestellten Tierkörper möglichst in ihren typischen Charak-terformen zu zeigen, wie sie sich ihrer Umgebung gegenüber äußern, so z. B. die Vögel vor ihrem Nest mit Jungen, Rehe im Kornfeld usw. Ein sehr ins Auge fallender Fortschritt ist die neue Methode der Tierpräparationen, die von ersten Künstlern auf ihrem Gebiete ausgeführt werden. Hier sind Kunstwerke der Modellierung ent-standen, dem Leben gaireu nachgeahmt. Jede Muskelzoge, die Hauptabert, die Bewegung der Glieder kann man studieren.

Millionen Tiere...

Trotzdem sind diese Schau-sammlungen nur erst ein kleiner Teil des wirklichen zoologischen Besitzes in diesem Museum. Viel um-fangreicher und uner-schöpflicher sind die Sammlungen, die nur dem wissenschaftlichen Bearbeiter und Naturfreunde zugänglich sind. Man hat zu eigenartigen Methoden greifen müssen, um das ge-waltige Material von jeder Tierart gesammelt unterzubringen. So sind die Säugetiere nicht wie im Schau-museum in ausgestopften Exemplaren aufgestellt, sondern von jeder Tiergruppe sind Hunderte von rohgegerbten Fellen in Vitrinen aufgehängt, was dem Wissen-schaftler genügt, um Art und Gattung zu bestimmen und seine

Studien zu machen. Die Größe dieses Materials erstreckt man am besten an der Angabe der Zahl von etwa 6000 Affenfellen, was also erst eine Tiergruppe umfaßt. Schwieriger wird die Bestim-mung der Arten schon bei den niederen Lebewesen, bei den Weich-tieren, Amphibien, Würmern und Insekten, die in Tausenden von Exemplaren für diesen Zweck vorhanden sein müssen. Als ein trankhaft veranlagter Forscher 30 000 Wanzen aus dem Museum mitgehen ließ, erregte dieser Fall in der Deffenstafel begreiflicher-

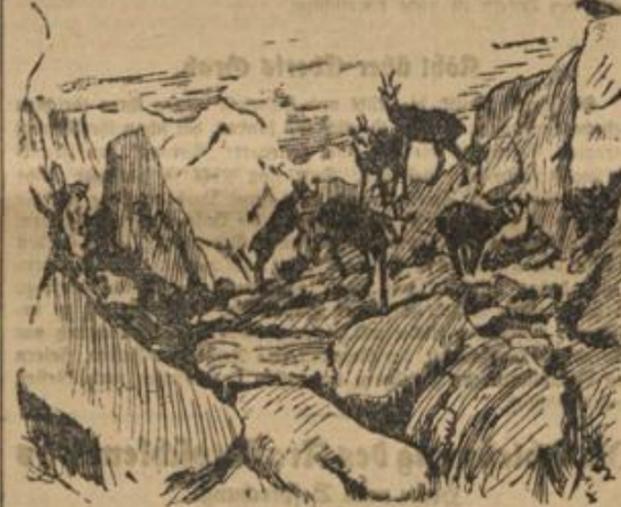


Größenverhältnis von Walfisch und Elefant.

weise Auffsehen und doch bedeutet er nichts innerhalb der Masse von Spezialmaterial, das die Insekten und Käferarten umfaßt. In etwa 5000 Kästen (Format 50x40 Zentimeter) sind Millionen von Käfern küberrich rubriziert; Schmeißerlinge sind in der Zahl von unge-fähr 2 Millionen in etwa 8000 Kästen gepackt; Bienen, Wespen und Ameisen ebenso in entsprechenden Ziffern, wie dann auch die Zahl der kleineren Säugetiere in die Tausende geht.

Eine einzigdastehende Arbeit.

Jedes Präparat und jede Tierform ist mit einer Nummer ver-sehen, die dann katalogisiert in Büchern wiederkehrt. Dazu gesellen sich die Hauptkataloge und das wissenschaftliche Arbeitsmaterial über den Spezialgegenstand, so daß die gewaltige wissenschaftliche Forschungsarbeit geistig umgekehrt und vielfach variiert nochmals in der Bibliothek aufsteht. Da bereits an diesem immergrünen Baum der zoologischen Wissenschaft Aristoteles geklüßt hat und alle be-deutendsten Gelehrten jeden Jahrhunderts, so wird man begreifen,



Gemseschlucht.

welchen unübersehbaren Wert diese Bibliothek besitzt. Alle großen Museen der Länder schätzen es sich zur Ehre, mit dem Berliner Museum Erfahrungen und Material auszutauschen.

Die eminent wichtige Bedeutung dieses Lehrinstituts erklärt sich dadurch, daß es wohl keine wissenschaftliche Forschung gibt, die nicht zur Ergänzung der eigenen Forschung auch des Studiums der Zoologie bedarf. Der Arzt und Anatom bedarf zum Aufbau seiner Schlüsse von den Funktionen des menschlichen Körpers ebenso die Kenntnis der Zoologie, wie jeder andere Naturforscher, ganz gleich, ob es sich um Geologen, Meteorologen, Botaniker u. a. handelt. In seiner praktischen Bedeutung erfährt der Landwirt vom zoologi-schen Wissenschaftler die Kenntnis von Pflanzenschädlingen und ihrer Bekämpfung, der Flugzeugkonstrukteur die Erforschung des Vogel-fuges, der moderne Sportschmied die Erklärung der Höchstleistung an dem Körper der Tierwelt. Auch der Rasse kann hier an treff-lichen Gegenüberstellungen ablesen, wie sich das Tier vom schwer-fälligen Breitgang des Bären zum schnellsten Bäuer zuwickeln hat im Pferd, das nur noch auf Zehenspitzen läuft. Nur andeutungs-weise lassen sich die Dinge im Rahmen einer solchen Betrachtung erschaffen. Sinn und Zweck war auch nur, einer breiteren Deffenstafel einmal das Interesse am Gegenstand und im weiteren Sinne an unseren großen Museen zu wecken.

Friedrich Ratteroth.

Trübes Trinkwasser und Wasserknappheit Unersünschte Folge der plötzlichen Diewelle.

Die plötzliche Diewelle hat den Trinkwasser-verbrauch in Berlin so bedeutend gesteigert, daß sich die Städtischen Wasserwerke zu umfangreichen Um-stellungen veranlaßt gesehen haben, um dem nötigen Bedarf getreht werden zu können.

Während noch in der vorigen Woche täglich nur 400 000 bis 470 000 Kubikmeter Wasser in Groß-Berlin verbraucht wurden, ist der Bedarf am Mittwoch schon auf 560 000 Kubikmeter gestiegen, eine Zahl, die infolge des gestrigen Härteren Anstiegens des Ther-mometers noch erheblich übertraffen werden dürfte. Die Wasser-werke haben sich u. a. genötigt gesehen, in dem Werk Buhl- beide Umstellungen vorzunehmen und von dort aus das Trink-wasser, das bisher nur zur Versorgung Vindensbergs diente, dire kt in die City der Stadt zu leiten. Wie aus zahlreichen Klagen der Konsumenten hervorgeht, hat diese Umstellung aber eine recht unangenehme Begleiterscheinung gezeitigt. Das Wasser weist näm-lich seit gestern einen grau-schwarzen Bodensatz auf. Wie wir von der Direktion der Städtischen Wasserwerke erfahren, handelt es sich bei dieser Verunreinigung des Trinkwassers um Eisen- und Amalgam-Nieder-schläge, die sich mit der Zeit in den Hauptleitungen abgesetzt haben und durch die andere Durchleitung des Trinkwassers aufgewirbelt werden und so ihren Weg bis in die Wohnungsleitungen nehmen. Die Wasserwerke weisen darauf hin, daß diese Eisen- und Amalgam-Nieder-schläge keineswegs irgendwie gesundheits-schädlich sind, und daß die zeitweilige Trübung und Verunreinigung des Trink-wassers bereits im Laufe des heutigen Tages beseitigt sein dürfte.

Auch im Westen hat der gesteigerte Trinkwasserverbrauch zu unangenehmen Nebenerscheinungen geführt, und zwar hat sich hauptsächlich in Charlottenburg in einzelnen Straßen ein Wassermangel bemerkbar gemacht. Die Ursache ist die Verlegung eines Wasserrohres, die mit dem heutigen Tage beendet und damit auch die zeitweilige Wasserknappheit wieder beseitigt werden wird.

Wanderausstellung des Bezirksamts Panow. Die Wander-ausstellung bleibt am 17. Juli geschlossen. Jugendherbergs-, Führer- und Weidenausweise werden an diesem Tage in der Haupt-wanderausstellung, Berlin, Friedrichstraße 110/112 (ehem. Postgelauf-haus, Aufgang 6), täglich von 1/8 bis 1/18 Uhr ausgestellt.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.
(Aus dem Englischen übersetzt von E. Gausler.)

Er stellte die Sachen in das Spind und schlenderte hinaus. Er setzte sich in die Ecke einer der Bänke, die in den Alkoven standen, wühlte in seinen Taschen und klaubte schließlich ein paar Zigarettenstummel daraus zusammen. Sorgsam entfernte er das Papier und sammelte allen Tabak in der rechten Handfläche. Dann hat er einen alten Mann, der neben ihm saß, um ein Blättchen Zigarettenpapier. Der Alte hatte keins und sagte ihm das mit einem ärgerlichen Fluch. Gypo runzelte die Stirn und schnüffelte, als räche er den alten Mann. Er wandte sich dann an einen jungen, der vorüberging, und verlangte ein Blättchen von ihm. Der junge Mann blieb stehen und holte widerwillig eins heraus. Gypo nahm schweigend das Papier ohne ein Wort oder auch nur ein Nicken des Dankes. Er rollte seine Zigarette und entzündete sie an der Gasflamme. Dann setzte er sich wieder hin, schlug die Beine übereinander, sein Körper wurde schlaff, er begann zu rauchen.

Seine Ohren schienen in die Beite zu lauschen, während er, bequem in seinen Sitz gelehnt, in das Halbdunkel des Ganges lauschte. Eine Minute lang hielt ihn der Geruch und der Geschmack des Tabaks in einem genußvollen Zu-stand. Er dachte weder daran, daß er kein Bett für die Nacht besaß, noch an sein Zusammenreffen mit McPhillip. Dann fürchte sich seine Stirn, seine Augenbrauen zwinkerten. Wenn er an der Zigarette sog, erglühte sein Gesicht, und die Beulen darin standen glänzend und glatt hervor. Er begann auf seinem Sitz zu rücken, zuerst setzte er die Beine nebeneinander, dann schlug er sie wieder übereinander. Er fing an, mit der rechten Hand seine Knie zu reiben. Er seufzte. Seine Zigarette ging zu Ende und verbrannte ihm die Lippen, ohne daß er es merkte. Schließlich ließ er sie aus dem Mund auf seine Brust fallen und sprang auf die Füße.

Die Hände tief in die Taschen vergraben, starrte er auf den Boden. Er schien ganz in Gedanken versunken, aber er dachte nicht, zum mindesten nicht an eine bestimmte Idee. In seinem Gehirn rumorten zwei Tatsachen mit jenem Ur-laut, der der Anfang des Denkens ist und den müde Men-schen vernehmen, wenn das verbrauchte Hirn die letzten

Reste seiner Energie verausgabt hat. Erstens die Tatsache seines Zusammenreffens mit McPhillip, zweitens die Tatsache, daß er nicht Geld genug besaß, um ein Bett für die Nacht zu kaufen.

Diese beiden Dinge bildeten gemeinsam eine formlose Masse. Aber er konnte den Mut nicht finden, sich mit ihnen zu befassen, sie richtig gegenüberzustellen und ihre Be-ziehung zueinander zu ergründen. Er stand bloß da und starrte auf den Boden.

In diesem Augenblick rann ein betrunkenes Buch-machergehilfe namens Shanahan gegen ihn an. Leise flüschend trat er beiseite. Er zog die eine Hand aus der Tasche, um zu schlagen, die Finger ausgestreckt wie eine Vogeltralle. Shanahan, in der Haltlosigkeit seiner Trunken-heit, nickte in der Mitte zusammen; mit seinen blauen Augen, die schon fast ganz rot geworden waren, starrte er Gypo an. Achselzuckend wandte Gypo sich ab. Zu jeder anderen Zeit würde er mit Freuden die Gelegenheit benutzt haben, Shanahan einen Schilling abzubetteln. Shanahan war immer gut, um einen Schilling auszulieihen, wenn er betrunken war. Ein Schilling hätte Gypo für ein Bett ge-nügt, und es wäre sogar noch etwas übriggeblieben für ein Frühstück am anderen Morgen. Vor zehn Minuten wäre eine Begegnung dieser Art für Gypo ein Geschenk des Himmels gewesen. Jetzt aber lagen die beiden verdammten Tatsachen ihm im Kopf, so daß er auf nichts anderes dachte.

Er verließ das Haus und ging langsam, die Hände in den Taschen, den Weg entlang nach der B-Strasse. Die Innenseiten seiner Schenkel rieben aneinander. Seine großen Stiefel schlenen hinter ihm herzufließen, er zog sie so dicht als möglich über den Boden. Seine Hüften gingen auf und nieder, so wie seine Füße sich vorwärts bewegten. Er hielt die Augen am Boden. Seine Lippen waren nach außen auseinandergezogen.

Sehr kleiner, brauner, weicher und verdrückter Filzhut sah schief oben auf seinem Kopf, viel zu klein für den Riesenschädel; seine Krempe stand rundherum hoch. Als ein Wind-stoß, geladen mit kleinen, scharfen Hagelkörnern, ihm gegen Gesicht und Körper schlug, blähten sich seine Kleider, und seine kleine, stumpfe Nase kräuselte sich zu ärgerlichem Grinsen.

In der Domestraße, während er in das Schaufenster eines Sattlers sah, wurde ihm der Zusammenhang zwischen den beiden Tatsachen plötzlich klar. Er betrachtete ein paar große Sporen; plötzlich verzerrte sich sein Gesicht. Seine Augen quollen heraus, als befiele ihn ein Schred. Arg-

wöhnlich schaute er um sich, wie einer, der zum ersten Male stiehlt. Dann machte er hastig, daß er fortkam. Er kreuzte die Straße zum Flußufer, lehnte die Ellbogen auf die Brüstung und spie in das dunkle Wasser. Das Kinn auf die Arme gelegt, stand er regungslos und dachte nach.

Er dachte über die plötzliche Entdeckung nach, die sein Gehirn über jene Beziehung gemacht hatte, die zwischen den beiden Tatsachen bestand, daß er kein Geld für ein Bett besaß und daß er McPhillip getroffen hatte, den man als Mörder suchte seit jenem Farmarbeiterstreik in M. im letzten Oktober. In seinem Gehirn herrschte ein schauerliches Schweigen.

Hin und wieder sah er sich um mit einer Art schnaufen-den Geräusches. Er schnüffelte in der Luft und kniff die Augen zu. Wieder lehnte er sich über die Brüstung und ließ sein Kinn auf den gekrümmten Händen ruhen. Er blieb so eine halbe Stunde lang. Schließlich richtete er sich gerade, streckte die Arme hoch über den Kopf und gähnte. Dann steckte er die Hände in die Hosentaschen und starrte zu Boden. Endlich, die Augen immer am Boden, ging er fort mit dem gleichen schleppenden Schritt wie zuvor.

Er überschritt den Fluß, durchquerte, immer die Augen am Boden, einen Bierweg von Seitenstrassen und er-reichte schließlich die Ecke einer dunklen Gasse, wo eine hellbrennende Lampe über einer Tür hing, auf halbem Wege rechter Hand. Dort war eine Polizeiwache. Ein paar Augenblicke starrte er mit weit offenen Augen in die Lampe, dann sagte er laut: „Hul!“ Hierauf sah er sich vor-sichtig nach allen Seiten um.

Die Straße war leer. Ein leiser Regen fiel. Er unter-suchte die Straße, die Läden auf seiner Seite und die nackte Mauer gegenüber. Dann lehrten seine Augen wieder zu der hellen Lampe zurück, die über der Tür der Polizeiwache hing. Er seufzte tief und begann langsam zu gehen, sehr langsam, sehr schwerfällig, auf die Lampe zu.

Er ging die Stufen zur Tür hinauf, gleichmäßig, eine nach der anderen und mit lautem Geräusch. Mit dem Fuß stieß er die Drehtür auf, ohne die Hände aus der Tasche zu nehmen. Im Vorraum sah er sich einem Konstabler gegenüber, der einen schwarzen Helm trug und sich die Handfläche anzog. Gypo machte halt und sah auf den Kon-stabler.

„Ich komme um die zwanzig Pfund Bestrafung, die die Farmer-Union ausgeföhrt hat für Mitterteilsung betreffend den Francis Joseph McPhillip,“ sagte er mit leiser, tiefer Stimme. (Fortsetzung folgt.)



Konzentration auf dem Baumarkt.

Zusammenlegung der städtischen Baugesellschaften.

In allen Fachzeitschriften des Baugewerbes wird seit Jahren über die Konzentration im Baugewerbe, die Zusammenfassung der Einzelbauvorhaben zu Großbaustellen, geschrieben und diskutiert.

Hier und da sind Ansätze zur Sammlung der Bauherren zu verzeichnen. Im allgemeinen ist die Privatwirtschaft aber noch immer bei den Methoden der Gründerjahre geblieben. Durchwandert man heute Berlin, so stellt man immer wieder fest, daß hier und da zwischen die Reihen der Althäuser ein Neubaugewerkstück wurde, und es sind dann Neubauten, die aus einem Haus mit 20 bis 25 Wohnungen bestehen. Für dieses eine Haus wird in den Kalkulationsbüros, in den Baubüros und von dem Architekten dieselbe Arbeit geleistet, als handle es sich um den Bau von 20 Häusern. Für dieses eine Haus werden Baumaterialien angefahren, und da nie genau ausgerechnet werden kann, wieviel Baumaterial gebraucht wird, muß nach Fertigstellung des Baues das zum Teil angelieferte Material wieder abgefahren werden. Dann kann es passieren, daß vierzehn Tage später neben diesem Bau ein zweiter Bau gesetzt wird. Wieder wird angefahren! Ein Architekt entwirft eine neue Fassade, die zu der Nachbarfassade in schreiendem Gegensatz stehen darf! Wieder werden 20 Wohnungen fertiggestellt.

Der Weg zu Großbaustellen.

Nach dieser in keinem Industriezweig mehr üblichen Methode arbeitet heute noch das Baugewerbe. Wo jeder Unternehmer — auch der gemeinnützige — versucht zu sparen, und wenn es nur an unnötigen Transportkosten ist, da tut das Baugewerbe, als ob es nicht auch darauf ankäme, für jede Mark, die dem Baumarkt zufließt, unter Anwendung aller technischen Möglichkeiten, unter Ausschaltung aller unnötigen Büreaus- und Organisationskosten, Wohnräume zu schaffen. Die gemeinnützigen Baugesellschaften, die in Dachgesellschaften zusammengeschlossen sind, haben die Diskussion geschlossen und mit der praktischen Organisierung von Großbaustellen begonnen. Stadtbaurat Dr. Wagner, der führende Kopf in der Zusammenfassung der Einzelvorhaben zu Großbaustellen, hat, kurz bevor er in den Berliner Magistrat als Stadtrat eintrat, in Brix und Zehlendorf den Beweis erbracht, daß Großbaustellen eine bessere Verwertung von Maschinen gestatten und es ermöglichen, die Bureaukosten auf ein Minimum herabzudrücken. In Brix und vor allem in Zehlendorf sind trotz höherer Baueisen mit vielen Grünflächen und im Flachbau Wohnungen zu billigeren Preisen entstanden als sonst in Berlin. Die Privatindustrie ist den gemeinnützigen Gesellschaften mit wenigen Ausnahmen nicht gefolgt.

Die Aufgaben der städtischen Baugesellschaften.

Folgen sollen jetzt die städtischen Baugesellschaften! Der Haushaltsausschuß der Stadt Berlin hat beschlossen, die städtischen Gesellschaften zusammenzulegen. In der Diskussion über diese Zusammenlegung waren die Meinungen geteilt.

Dropfstraße 7.

Ueber städtisches Eigentum bestimmt der Magistrat.

Um das Haus Dropfstraße 7, das dem „Dropf“ zu St. Nikolai als Dienstwohnung zugewiesen ist, aber der Stadt Berlin gehört, ist der im „Vorwärts“ bereits erwähnte Flaggentrupp entbrannt. Vor dem 80. Geburtstag des jetzigen Reichspräsidenten Hindenburg hatte der Magistrat angeordnet, daß die städtischen Gebäude in den jetzigen Farben des deutschen Reiches, also in republikanischem Schwarzrotgold, beflaggt werden sollten. Doch der Dropf zu St. Nikolai erklärte, für das von ihm bewohnte Haus Dropfstraße 7 brauche die Anordnung des Magistrats nicht befolgt zu werden, und im übrigen habe man ja eine eigene unpolitische Kirchenfahne. Der Magistrat habe über die Beflaggung dieses Gebäudes nicht zu bestimmen, meinte der Herr Dropf. Hätte in der monarchistischen Zeit jemand für möglich gehalten, daß ein Geistlicher es als unehrenhaftes Verhalten ablehnen könnte, das von ihm bewohnte Dienstgebäude in den damaligen Farben des Deutschen Reiches beflaggen zu lassen? Hätte damals einer geglaubt, daß ein Träger hoher kirchlicher Würden den die Beflaggung verlangenden Magistrat nötigen könnte, ein Gericht um Entscheidung zu bitten?

Für den Magistrat Berlin klagt das Bezirksamt Mitte gegen den Dropf Hoendler und gegen die auf die Seite des Dropfes getretenen Gemeindeführer der Nikolai- und der Marienkirche. Das Gericht soll feststellen, daß der Dropf für das von ihm bewohnte städtische Gebäude die Beflaggung in den Reichsfarben zulassen muß. Eine Ueberprüfung ist's, daß in dem Prozeß der belagte Dropf oder sein Rechtsbeistand die Behauptung aufstellt, das städtische Eigentumsrecht an diesem Hause bede nicht so weit, daß der Magistrat auch über den Schmuck des Hauses nach eigenem Ermessen gegen den darin wohnenden Dropf entscheiden dürfe. Wie wenn ein Zweifel darüber bestehen könnte, daß die Stadt das unbeschränkte Eigentumsrecht hat und dem Dropf nur ein Wohnrecht zukommt! Der Magistrat kauft sich keineswegs nur auf ein Recht aus einem Kirchenpatronat. Das Grundstück gehört seit Jahrhunderten zum Grundbesitz der Stadt, im Grundbuch ist die Stadt als Eigentümerin eingetragen, und von der Stadt ist das Haus auf ihre Kosten umgebaut worden. Das ist ein leitender Einfall, daß hier die Stadt und ihr Magistrat nichts zu bestimmen haben soll. Nichts zu bestimmen hat hier die Kirche und ihr Würdenträger. Paßt ihm und ihr der Schmuck dieses städtischen Hauses nicht, so mögen sie auf Kosten der Kirche ein eigenes Haus bauen.

Ein Teil der Stadtratsmitglieder wollte an dem jetzigen Bestand nichts ändern, andere verlangten lediglich eine Verringerung der Gesellschaften. Der am weitesten gehende Plan ist der, alle zu einer zentralen Baugesellschaft der Stadt Berlin zusammenzufassen. Zurzeit bestehen in Berlin 7 Baugesellschaften, bei denen die Stadt Berlin entweder alleiniger Besitzer aller Gesellschaftsanteile ist oder doch die erhebliche Mehrzahl derselben besitzt. Die Gesellschaften, und zwar sechs G. m. b. H. und eine Aktiengesellschaft, sind alles Gründungen aus der Zeit vor der neuen Stadt Berlin, eine davon, die Gemeinnützige Tempelhofer-Feld-Heimstätten G. m. b. H., ist für die Bebauung der westlichen Hälfte des Tempelhofer Feldes vom preussischen Fiskus, dem Wohnungsverband Groß-Berlin und der Gemeinde Berlin-Tempelhof gegründet worden. Bei der Zusammenlegung der städtischen Baugesellschaften kommen folgende Gesellschaften in Betracht: Baugesellschaft Berlin-Heerstraße m. b. H., Baugesellschaft Adamstraße m. b. H., Baugesellschaft Berlin-Ost m. b. H., Bankower Heimstätten Gesellschaft m. b. H., Heimstätten-Gesellschaft „Primus“ m. b. H. und Heimstätten-Gesellschaft Berlin-Wilmersdorf, Gemeinnützige L. G. Die Tempelhofer-Feld-Heimstätten-Gesellschaft ist außer Betracht geblieben, weil es für richtig gehalten wird, dieser Gesellschaft ihre Spezialaufgabe, die Bebauung des Tempelhofer Feldes, allein erfüllen zu lassen und mit der Erfüllung dieser Aufgaben ihre Bauaktivität als beendet zu betrachten.

Konzentration verbilligt!

In den „kommunalpolitischen Blättern“ macht Genosse Gutschmidt einen Vorschlag, der wahrscheinlich eine größere Beachtung bei den kommenden Diskussionen über den Weg der Zusammenfassung finden wird. Gutschmidt steht auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsstellung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten den bereits geschaffenen gemeinnützigen Gesellschaften überlassen bleiben muß. Die Stadt Berlin hat die sozialen Aufgaben zu erfüllen, ohne die es nicht möglich ist, größere Teile des Volkes vor dem Verfall in das materielle und physische Elend zu bewahren. Ist die Aufgabe der städtischen Gesellschaften richtig gezeichnet, dann erwächst gerade aus dieser Feststellung die Verpflichtung für die Stadt, alles zu tun, damit die städtischen Gesellschaften so rentabel wie irgend möglich arbeiten. Ohne Mühe läßt sich bei einer Zusammenfassung aller Gesellschaften der Unkostenetat für die Bureauorganisation herabsetzen. Auch würde — das haben die gemeinnützigen Gesellschaften bewiesen — durch Großbaustellen eine weitere Verminderung der Baukosten ermöglicht. Diese Zusammenfassung würde den Gesellschaften die Möglichkeit geben, recht billigen Wohnraum zu erstellen. Die heutigen Finanzierungsbedingungen haben die Erstellung des Wohnraumes derart verteuert, daß ein einfacher Arbeiter nicht mehr in die Lage kommt, eine Neubauwohnung zu beziehen. Die städtischen Gesellschaften könnten neben den gemeinnützigen die Aufgabe übernehmen, gerade für diese Kreise zu sorgen.

Diese Aufgaben können aber nur erfüllt werden, wenn die städtischen Gesellschaften zu einer großen Gesellschaft zusammengefaßt werden, der es möglich ist, durch Großbaustellen billigen Wohnraum zu schaffen.

Ein paar geschichtliche Erinnerungen seien angefügt. Die „Berlinsche Propstei zu St. Nikolai“ bestand schon vor der Reformation, dagegen wurde die „Köllnische Propstei zu St. Peter“ erst bei Einführung der Reformation in Berlin im Jahre 1539 eingerichtet. Das jetzige Dienstgebäude für die „Berlinsche Propstei“ in der Dropfstraße ist nicht viel über 70 Jahre alt. Der Neubau in gotischem Stil wurde im Jahre 1856 fertig und kostete 23 655 Taler, die aus dem Stadtfiskus hergegeben wurden. Bis dahin war das Propsteigebäude ein reichlich alter Fachwerkbau, der wegen zunehmender Unzuverlässigkeit schließlich abgebrochen werden mußte. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts wurde es viele Jahre hindurch gar nicht mehr vom Propst bewohnt. 1807—1838 benutzte die Außenstellung das der Stadt gehörende alte Haus unentgeltlich. Der Straßenname „Dropfstraße“ ist noch nicht so sehr alt, viel jünger als die Propstei selber. Bis in das 18. Jahrhundert hinein hieß diese kleine Straße oder Gasse noch Kanengießerstraße, so benannt nach einem in ihr wohnenden Hauseigentümer Kanengießer. Erst im Jahre 1723 tritt der Name Propstgasse auf, der dann im Jahre 1845 in Dropfstraße umgewandelt wurde.

Ein neues Freibad.

Das Bezirksamt Reinickendorf hat am früheren sogenannten Ziegeleise in Sübars ein neues Freibad geschaffen, das in diesen Tagen voll in Betrieb genommen worden ist. Wegen seiner herrlichen Lage inmitten des als Freizeitanlage ausgewiesenen Fiechales, ist das neue Freibad so recht geeignet, nicht nur den Einwohnern der angrenzenden Ortsteile, sondern darüber hinaus auch den Berliner Ausflüglern Ruhe und Erholung zu bieten.

Das neue Freibad hat eine Badefläche von etwa 35000 Quadratmetern, wovon rund 10000 Quadratmeter auf Rutschschlitten entfallen. Der Trockenstrand, teils Wiesen, teils Sand, umfaßt rund 23000 Quadratmeter und bietet Tausenden Gelegenheit zum ungezwungenen Lagern, so daß sich ohne Zweifel bald ein fröhliches Badeleben entwickeln wird. Das auf einer Anhöhe gelegene Wirtschaftsgebäude enthält neben der Damen- und Herrenkabine auch behaglich ausgestattete Restaurationsräume; vor dem Wirtschaftsgebäude sind für die Besucher des Restaurationsbetriebes Terrassen angelegt, die einen prächtigen Überblick über das ganze Freibad gewähren. Die Eintrittspreise sind möglichst niedrig gehalten. Es zahlen Erwachsene: Eintritt 0,10 M., mit Garberobenbenutzung 0,20 M.; Schüler: Eintritt 0,05 M., mit Garberobenbenutzung 0,15 M.; Kinder unter 6 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Zutritt.

Das Freibad ist vom Bahnhof Waldmannslust (Stettiner Vorortbahn) in 12 bis 15 Minuten zu erreichen. Der Weg führt rechts durch die Waldmannstraße bis Oranienbaum, diesen links herunter bis zur Trüberger Straße, der man bis zur früheren Ziegelei folgt. Von dort biegt man links ab zum Freibad. Auch von der Haltestelle Platanenstraße Ecke Straße 9 der neuen Autobuslinie Nr. 35 (Bahnhof Teget-Lübars) gelangt man in 5—7 Minuten durch die Straße 9 zum Freibad.

Das eigene Sommerheim.

Jeder 52. Berliner hat einen Kleingarten.

Jedes Jahr im Frühling, wenn die Sonne die Erde aufgetaut hat, sieht man in allen Straßen Berliner Arbeiter mit hochbeladenen Handwagen die Sommerwohnung beziehen. Zu tausenden wohnt heute der Berliner in der Sommerzeit auf seiner eigenen Scholle, seinem Kleingarten. Dort wird von früh bis spät geputzt, wird gepflanzt und geerntet. Der eigene Garten, das selbst gezogene Obst und Gemüse, ist der Stolz des Berliner Kleinbauern.

Die Kleingartenbewegung, die seit Jahren den über-großen Teil der Kleingarteninhaber erfasst hat, zeigte mit ihren letzten Rundungen und Veranstaltungen die Stärke ihrer Organisation. Aus dem statistischen Zahlenmaterial ergibt sich, daß in Berlin insgesamt 76 701 Kleingärten bestehen. Dr. Düring hat in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ festgestellt, daß jeder 52. Einwohner Berlins seinen eigenen Kohl baut. Die Gesamtfläche aller Gärten betrug 5517,5 ha, im Durchschnitt ist somit ein Kleingarten etwas über 700 qm groß. In einer weiteren Statistik wird die sehr interessante Untersuchung über die hauptberufliche Tätigkeit der Kleingarteninhaber mitgeteilt. Danach sind annähernd die Hälfte — 47,1 Proz. — der Kleingarteninhaber in Industrie und Handwerk beschäftigte Arbeiter.

Bei denen, die tagaus, tagein am Schraubstock stehen, ist die Sehnsucht, im Freien, umgeben von Grünflächen, die Abendstunden verleben zu können, besonders groß. An zweiter Stelle in der Statistik folgen mit 27,8 Proz. die Angestellten als Besitzer eines Kleingartens. Interessant ist auch, daß für die ganze Stadt 1,9 Proz. der Bevölkerung einen Kleingarten besitzt. Zählt man die Kleingartenbesitzer in den einzelnen Stadtbezirken, so ergibt sich, daß die Bewohner der dichtbevölkerten Stadtbezirke, wie Alt-Berlin, die meisten Kleingärten haben. In diesen Bezirken ist der Wunsch, wenigstens in den Sommermonaten der Steinwüste entrinnen zu können, naturgemäß am stärksten. Erwähnt sei noch die Ziffer über Eigenheit oder Pacht der Gärten. Nach der Statistik bewirtschafteten 32,3 Proz. eigenes und 65,5 Proz. Pachtland. Nimmt man zum Vergleich nicht die Zahl der Gärten, sondern ihre Größe, so ergibt sich, daß 53,2 Proz. der Gesamtfläche Eigenbesitz ist und 45,5 Proz. Pachtland. Diese Ziffer beweist, daß in den meisten Fällen die größeren Gärten Eigenbesitz sind und die kleineren auf Pachtland liegen.

Erlaß baupolizeilicher Strafen.

Wichtig für Kleingartenbesitzer und Siedler.

Häufig erhalten Kleingartenbesitzer oder Siedler, die auf ihren Lauben- oder Parzellengrundstücken bauliche Veränderungen wie Vergrößerung oder An- und Umbau der Lauben, Aufstellung eines neuen Gartenzaunes usw. vornehmen, Polizeistrafen, weil sie irrtümlich der Meinung sind, solche Veränderungen bedürfen nicht der baupolizeilichen Genehmigung. Nach einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, können rechtskräftig festgesetzte Polizeistrafen nicht durch die Polizeibehörden selbst erlassen oder ermäßigt werden; es bedarf dazu eines besonderen Gnadenaktes, für den nach dem Erlaß vom 22. Januar 1913 die Zuständigkeit der einzelnen Minister innerhalb ihres Geschäftsbereiches gegeben ist. Für den Erlaß rechtskräftig festgesetzter Bau-polizeistrafen ist demgemäß der Minister für Volkswohlfahrt zuständig und nicht der Minister des Innern, an den immer wieder derartige Anträge gerichtet werden.

Charlottenburger Erholungsstätten.

Die schmale Badeanstalt Westend, an der Ecke der Kaffianiallee, hat über das weite Spreetal hinaus bis hin zum Volkspark Jungfernheide, in dem ebenfalls ein wunderschönes Freibad zum erfrischenen Bade lud. Die Jugend tummelt sich dort auf dem Ferienspielfeld und auf dem neuen Sportplatz; schattige Bänke laden zum geruhamen Verweilen ein, das Naturtheater bietet dem Kunstliebhaber anregenden Genuß. Wer kennt den stillen Sachsenplatz in Westend an der Reichstraße nahe dem Spandauer Bod. Wer denkt daran, daß von jenen Höhen aus 1813 die von den Franzosen 1806 besetzte Festung Spandau wiedererobert wurde? Die Namen Ruhleben und Ruhwald bewahren das Gedächtnis an die Gefallenen. Am Liegensee spielt sich edles Kurleben ab, am frühen Morgen bei der Brunnenkur, im Schloßgarten jubeln die Vögel, im Tiergarten tummeln sich Roß und Reiter, Aus und Heerstraße dienen dem Motorsport. Auf den Sportplätzen an der Ams im Stadion und auf den Rennbahnen Grunewald und Ruhleben werden ernste Wettkämpfe ausgetragen, Funturm und Lustturmshallen, Planetarium, Zoo und Aquarium sorgen für Zerstreuung. Ein wenig weiter und die Havel grüßt uns mit ihren herrlichen Ufern und ludt zu Dampferfahrten und Wassersport.

Berlin im Licht. Zur Durchführung der für die Tage vom 13. bis 16. Oktober 1928 geplanten großen Berliner Herbstveranstaltung „Berlin im Licht“ ist unter Führung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen worden, die in den wenigen Wochen seit ihrer Berufung schon wesentliche positive Arbeit geleistet hat. Höhepunkt der Lichtpropaganda werden ein gewaltiger Lichttorso und ein Nachtflugfest in Tempelhof sein, alles umrahmt von festlich erleuchteten öffentlichen Gebäuden und Bauwerken.

Ob zuzause, ob auf Reisen,
gib dem Kind

Maizena = Speiser

Die Strombremse der Straßenbahn

Ist sie zuverlässig oder nicht?

Mit einem interessanten Rechtsstreit hatte sich der 30. Senat des Kammergerichts unter Vorsitz von Senatspräsident Dr. Bießer zu beschäftigen.

Es handelte sich um eine Unterlassungsklage, die von der Straßenbahnbetriebsgesellschaft gegen die Innung der vereinigten Kraftdroschkenbesitzer bereits vor geraumer Zeit angestrengt war und durch die der Innung die Verbreitung der Behauptung untersagt werden soll, daß die von der Straßenbahn benutzte Strombremse unzuverlässig und gemeingefährlich sei. Diese Kritik an der Strombremse hatte die Innung vereinigter Kraftdroschkenbesitzer im Jahre 1924 in einer Eingabe an das preussische Handelsministerium erhoben, in der auf Grund von 59 Unfällen in einem Zeitraum von vier Jahren auf das öftere Versagen der Strombremse hingewiesen und um Abhilfe der Mängel ersucht wurde. In der ersten Instanz vor dem Landgericht war die Straßenbahn mit ihrer Klage aus juristischen Gründen abgewiesen worden, ohne daß indessen das Gericht die Frage der Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit erörtert hätte. In der heutigen Verhandlung wurde die Straßenbahn durch ihren früheren Generaldirektor R. A. Dr. Wuffow, die beklagte Innung vereinigter Kraftdroschkenbesitzer durch die Rechtsanwälte Dr. Fließ und Weinhausen vertreten. In Begründung der Unterlassungsklage erklärte R. A. Dr. Wuffow, daß man das Vorgehen der Innung auf Nachschärfen der Knorr-Bremse L. G. zurückzuführen müsse, die an der Diskreditierung der elektrischen Strombremse ein finanzielles Interesse aus Konkurrenzgründen habe, während auf der anderen Seite die A.G. und die elektrischen Werte an der Verbeibehaltung der Strombremse nur wenig interessiert seien. Die Behauptung, daß die angeführten 59 Unfälle auf Versagen der Strombremse zurückzuführen seien, sei falsch und leichtfertig; es lägen verschiedene Gutachten darüber vor, daß

Strombremsen und Luftdruckbremsen gleichwertig seien, so eine von Prof. Helm, dem früheren Direktor des Vereins der Straßenbahnen. Auch die Prüfung der Strombremse in Gegenwart von Sachverständigen der Reichsbahndirektion als der technischen Aufsichtsbehörde, des Handelsministeriums, des Polizeipräsidenten und der Verkehrspolizei hätten ergeben, daß die Strombremse besser sei als die Luftdruckbremse, weil bei der letzteren der Bremsweg erheblich länger sei, so daß die Wagen früher, als die Straßenbahn noch mit der Knorr-Bremse ausgerüstet war, viel mehr Unfälle gehabt hätte als jetzt.

Die Vertreter der Gegenseite wandten sich vor allem dagegen, daß der Prozeß von der Knorr-Bremse L. G. inszeniert worden sei und hielten die Behauptung aufrecht, daß die Strombremse unzuverlässig und gemeingefährlich sei, wie man behauptet habe. R. A. Dr. Wuffow schlug dann die Bildung eines technischen Sachverständigen Schiedsgerichts vor, vor dem die Frage der Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit der Strombremse geprüft werden soll. Er betonte noch, daß in den vier Jahren, auf die sich die angeführten Unfälle beziehen, 600 Millionen Wagenkilometer von der Straßenbahn abgerollt worden seien, so daß also nach der Statistik ein Fahrgast 3000 Jahre die Straßenbahn benutzen müsse, ehe ihm auf Grund der 59 Fälle ein Unfall zustöße.

Die Parteien einigten sich dann darauf, daß in außergerichtlichen Verhandlungen die Unfälle namhaft gemacht werden sollen, auf die sich eine gerichtliche Beweiserhebung des Senats erstrecken wird. Zu diesem Zweck wurde die Anwesenheit zunächst einmal dem Einzelrichter überwiesen, vor dem die Parteien ihre Anträge bezüglich der Beweiserhebung formulieren sollen.

Das Kammergericht wird sich also nunmehr auf Grund einer Reihe von Unfällen mit der Frage zu befassen haben, ob die Kritik der Innung der vereinigten Kraftdroschkenbesitzer den Tatsachen entspricht oder nicht.

Zentralbahnhof auf dem Ulap-Gelände?

Ungeklärtes Schicksal des ehemaligen Ausstellungsorts.

Das Schicksal des sogenannten „Ulap“-Geländes in Alt-Neubau ist, nachdem schon seit längerer Zeit die Holzbauten und Attrappen des „Alpenbergs“ und die anderen Bauarbeiten des Vergnügungsgüternehmens beseitigt worden sind, noch immer ungeklärt.

Die Preussische Bau- und Finanzdirektion, die Verwalterin und Eigentümerin des Terrains ist, hatte bekanntlich mit dem Gelände verschiedene Pläne, und zwar sprach man davon, das Grundstück für Bauwerke zu verwenden oder auch in einen Sportplatz umzugestalten. Alle diese Projekte sind aber, wie wir hören, in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen. Einmal ist die Gestaltung der ganzen Gegend von Neubau mit Rücksicht auf die kommende Schnellbahnlinie vom Potsdamer Platz nach diesem Stadtteil noch in städtebaulicher Beziehung ungewiß, zum anderen scheint immer noch das imaginäre Projekt der Schaffung eines Zentralbahnhofs bzw. eines Umbaus des Lehnert Bahnhofs, das aber ebenfalls mangels der notwendigen Mittel in den nächsten Jahren kaum durchzuführen sein wird.

Nun sind aber noch Streitigkeiten über das Gelände selbst entstanden, die nicht von heute auf morgen bereinigt werden können. Durch den Zusammenbruch des „Ulap“-Unternehmens sind beträchtliche Pachtrückstände entstanden. So konnten beispielsweise die Anlieger- und Straßeneinigungsbeiträge neben dem Pachtzins nicht mehr von den bisherigen Unterpächtern bezahlt werden. Der preussische Fiskus hat sich nunmehr an den Hauptpächter des Geländes, den Berliner Theaterdirektor Viktor Barnowsky, gewandt, um ihn für die Pachtrückstände seiner Unterpächter verantwortlich zu machen. Da Barnowsky aber die Auslegung seines Pachtvertrages nach dieser Richtung hin als unzulässig betrachtet, beabsichtigt man, die Differenzen durch ein Schiedsgericht beilegen zu lassen. Wie wir hören, dürfte dieses Schiedsgericht aber nicht vor dem Herbst d. J. zusammenzutreten, so daß das Gelände aus diesem Grunde allein für die nächsten Monate völlig ungenutzt daliegt, um so mehr, als auch den Unterpächtern zum größten Teil gekündigt worden ist.

Die Preussische Bau- und Finanzdirektion beabsichtigt zunächst nur, das Terrain, das jetzt in einen großen Schutt- und Steinhaufen verwandelt worden ist, aufräumen zu lassen. Erst nach der Entscheidung des Schiedsgerichts wird man sich darüber schlüssig werden, welchen Zwecken das „Ulap“-Gelände dienlich gemacht werden soll.

Walderholungsstätte Ravenstein.

Die Walderholungsstätte Ravenstein des Bezirksjugendamtes Pichtenberg ist seit dem 9. Juli wieder eröffnet. Wie in den Vorjahren, werden hier täglich an 100 Erholungsbedürftige Schulkinder betreut. Volle Freude erwarfen die Kinder des Morgens an den Bahnhöfen Stralau- und Kiech-Rummelsburg die Fürsorgerinnen, die ihre Schützlinge unter treuer Obhut nach der Erholungsstätte geleiteten. Von hellem Kinderlachen ist dann tagsüber der Ravensteiner Wald erfüllt, wo Pichtenberger Kinder, befreit von dem Druck beengender Großstadtluft, bei frohem Spiel in freier Natur einige, wenn selber auch nur wenige Stunden verleben dürfen. Schweren Herzens geht es dann des abends wieder nach Haus, doch in der Hoffnung, recht bald wieder in den schönen Wald und zu den schönen Spielen zurück zu können.

Erweiterung des Fleischgroßmarktes.

Auf dem Fleischgroßmarkt an der Landsberger Allee hat der Verkehr in wenigen Jahren so zugenommen, daß die vorhandenen Anlagen und Einrichtungen nicht mehr ausreichen. Im Oktober 1925 wurde Halle I eröffnet, im September 1926 folgte die Eröffnung von Halle II, aber in beiden Hallen sind die Stände sämtlich vermistet. Den immer noch in großer Zahl kommenden Anträgen auf Ueberlassung von Verkaufsständen kann nicht mehr entsprochen werden. Zur baldigen Beseitigung dieses Mangels soll mit dem Bau der Halle III, den der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung beschlossen haben,

schleunigt begonnen werden. Erweitert wird gleichzeitig auch das Auffahrtsgelände, das zu einer ordnungsmäßigen Abwicklung des starken Wagenverkehrs nicht mehr ausreicht. Die Kosten der gesamten Erweiterungsbauten sind auf 2.875.000 Mark veranschlagt, die aus Mitteln der Vieh- und Schlachthofverwaltung zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Bevölkerungsbewegung in Preußen

Höhere Geburtenziffer bei den Großstädten.

Die durchschnittliche Heiratsziffer der preussischen Großstädte war im ersten Vierteljahr 1928, wie das Preussische Statistische Landesamt berichtet, mit 7,87 pro Tausend erheblich höher als im ersten Vierteljahr des Vorjahres (6,77 pro Tausend) und im gleichen Zeitraum 1913 (6,16 pro Tausend).

Die höchsten Ziffern hatten die Großstädte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, so Duisburg mit 9,24 Eheschließungen auf das Tausend der mittleren Bevölkerung, dann Hagen i. W. (9,48), Düsseldorf (9,25) usw. Demgegenüber wiesen die Großstädte des ober-schlesischen Industriegebietes eine verhältnismäßig recht niedrige Heiratsziffer auf, so emittieren in Hindenburg (Oberst.) nur 7,18 Eheschließungen auf das Tausend der mittleren Bevölkerung, in Gleiwitz sogar nur 6,29. Die durchschnittliche Geburtenziffer des Berichtsvierteljahres war mit 18,86 pro Tausend um ein geringes höher als die des gleichen Zeitraumes des Vorjahres (18,70 pro Tausend), was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Zahl der zu berücksichtigenden Städte nunmehr als 100.000 Einwohner um 3 vermehrt hat und gerade diese im Durchschnitt eine recht hohe Geburtenziffer aufwiesen. Über auch bei Vorlassung dieser 3 Städte ist die Durchschnittsziffer des Berichtsvierteljahres noch höher als die des gleichen Quartals des Vorjahres. Im Gegensatz dazu hatten gerade die volkreichsten Städte Berlin und Köln eine Geburtenabnahme. Die niedrigste Geburtenziffer hatte Berlin mit 10,94 pro Tausend.

Die Sterblichkeit war mit einer Durchschnittsziffer von 13,45 pro Tausend erheblich geringer als in den gleichen Zeiträumen von 1927 (14,59 pro Tausend) und von 1913 (15,50 pro Tausend). Zu beachten ist jedoch, daß das erste Vierteljahr 1927 zufällig eine sehr hohe Sterblichkeit hatte. Wird statt dessen die mittlere Sterbeziffer der ersten Vierteljahre 1925—1927 (bereits 13,49 pro Tausend) zum Vergleich genommen, so zeigt sich, daß die Sterblichkeit des Berichtsvierteljahres nicht wesentlich abweicht. Die Säuglingssterblichkeit war im Berichtsvierteljahr nicht sehr günstig. Im Durchschnitt der Städte kamen, auf 100 Lebendgeborene und ein Jahr berechnet, 11,1 Sterbefälle von Säuglingen, während in den gleichen Zeiträumen 1927: 10,7, von 1926: 10,2 und von 1913: 13,1 Säuglinge starben. In einigen Städten erreichte die Säuglingssterblichkeit eine außerordentlich hohe, so in Altona 23,7 Proz., in Hamburg 16,9 Prozent und in Harburg-Wilhelmsburg 16,3 Proz. Altona führt diese Steigerung auf ein Sterben vieler Säuglinge an Magen- und Darmstörungen infolge schlechten Trinkwassers zurück, während in Harburg-Wilhelmsburg die dort besonders im Januar hervortretende Säuglingssterblichkeit zum Teil in einer damals herrschenden Masern- und Scharlach-Epidemie begründet war.

Der mittlere Geburtenüberschuß der Großstädte war im Berichtsvierteljahr mit 3,41 pro Tausend nicht unwesentlich größer als der des gleichen Zeitraumes des Vorjahres (4,11 pro Tausend), was hauptsächlich auf die günstigere Gesamtsterblichkeit zurückzuführen ist. Gegenüber dem gewöhnlichen Ueber-schuß des ersten Vierteljahres 1913 (12,27 pro Tausend) steht er jedoch weit zurück, da er von diesem nur 44 Proz. beträgt. Vier Großstädte hatten im Berichtsvierteljahr sogar einen Sterbeüberschuß; am bedeutendsten war er in Berlin, wo 2597 Personen (— 2,46 pro Tausend) mehr gestorben waren als geboren wurden.

Schließung der Schuljahnkliniken im Bezirk Köpenick. Die städtischen Schuljahnkliniken Berlin-Köpenick, Berliner Straße 3, und Berlin-Grünau, Mittelstraße 10, bleiben bis zum 7. August einschließlich geschlossen.

Der Berliner Ferienreiseverkehr.

600 000 Berliner verlassen die Hauptstadt.

Bei der Reichsbahndirektion Berlin liegen jetzt die genauen Ergebnisse des Ferienreiseverkehrs in der Woche vom 2. bis 8. Juli vor.

Rund 600 000 Berliner verließen in dieser Woche die Reichshauptstadt, wozu neben den verstärkten fahrplanmäßigen Zügen die Einlegung von 260 außerplanmäßigen Zügen, Ferien- und Kinderfahrgängen sowie Vor- und Nachzügen notwendig wurde. Während der Zahl der Züge nach der Anhalter Bahnhof an erster Stelle steht, wurden vom Stettiner Bahnhof aus bedeutend mehr Personen befördert: Auf dem Anhalter Bahnhof wurden 115 000 und auf dem Stettiner Bahnhof 165 000 abreisende Personen gezählt. Im einzelnen wiesen die Berliner Fernbahnhöfe folgende Frequenz auf: Gärlicher Bahnhof 35 Sonderzüge (6 Ferienfahrgänge, 29 Vor- und Nachzüge) und 48 000 beförderte Personen. Stadtbahn — Richtung Osten — 47 Sonderzüge (8 Ferienfahrgänge, 2 Kinderfahrgänge, 37 Vor- und Nachzüge) und 108 000 beförderte Personen. Stadtbahn — Richtung Westen — 35 Sonderzüge (15 Ferienfahrgänge, 20 Vor- und Nachzüge) und 77 000 beförderte Personen. Lehnert Bahnhof 19 Sonderzüge (10 Ferienfahrgänge, 9 Vor- und Nachzüge) und 42 000 beförderte Personen. Potsdamer Bahnhof 18 Sonderzüge (12 Ferienfahrgänge, 6 Vor- und Nachzüge) und 45 000 beförderte Personen.

Insgesamt war in der Zeit vom 2. bis 8. Juli der Reiseverkehr auf den Berliner Bahnhöfen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 5 Prozent stärker.

Eine Straßendurchlegung in Berlin-Nordost.

Zwischen Prenzlauer Tor und Büchingsplatz soll eine Verbindungsstraße geschaffen werden. Am Prenzlauer Tor wurde schon vor Jahrzehnten als Fortsetzung der Voßtringer Straße die Voßstraße neu angelegt. Die Voßstraße, die sich an der Neuen Königstraße anschließt, soll über diese hinaus mit einem Durchbruch parallel zur Linien- und Gollnowstraße weitergeführt werden. Sie wird die Neue Königstraße, die Georgenkirchstraße und die Fiederstraße queren und in die Wehnerstraße einmünden, die zum Büchingsplatz hinleitet. Zu der dann notwendigen Verbreiterung der Wehnerstraße läuft jetzt die Stadt das Grundstück Wehnerstraße 3, von dem ein Teil künftig Straßenland sein wird. Die geplante Verbindungsstraße Voßtringer Straße—Büchingsplatz ermdlich einen durchgehenden Verkehrsweg von Elsser und Voßtringer Straße her über Weberstraße und Pallasadenstraße zur Frankfurter Allee und über Landsberger Straße zur Landsberger Allee.

Kinderfest im Volkspark Neukölln.

Für all die vielen Kinder, die noch immer auf eine Erholungsreise in den großen Ferien verzichten müssen, hatte am Sonntag das Bezirksamt Neukölln ein Kinderfest veranstaltet. Auf dem weiten Wiesenrund des Neuköllner Volksparks am Tempelhofer Feld sollten sich die Kinder einmal nach Herzenslust austoben können. Und da der Himmel ein Einsehen hatte und ausnahmsweise Sonntags keinen Regen schickte, kam jeder auf seine Kosten. Schon gegen Mittag war die Wiese voll tummelnder Jugend. In Gruppen eingeteilt wurde hier unter der Leitung von Hunderten von freiwilligen Helfern gespielt, gesungen und getanzt. Die Eltern lagerten in den Anlagen. Für sie war eine Kapelle engagiert, die mit lustigen Volksweisen die Gäste unterhielt. Das Kinderfest wurde zu einem richtigen Volksfest, bei dem nur noch die Kaffeeküche fehlte. Ihren Abschluß fand die Veranstaltung mit einem Stockaternentanz und mit einem Riesenfeuerwerk, das riesiges Entzücken bei Klein und Groß hervorrief. Noch lange werden die Kinder von dem Fest schwärmen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, denn man sah, daß ein Bezirksamt nicht nur verwalten kann, sondern auch praktisch für die Kinder zu sorgen versteht.

Deutsche Oberschule Neukölln. Die mit dem städtischen Kaiser-Friedrich-Gymnasium in Neukölln verbundene Deutsche Oberschule in Aufbaumform l. G. ist durch Erlass des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 5. Mai 1928 — U II Nr. 11 008 — mit Wirkung von Ostern 1928 als Deutsche Oberschule in Aufbaumform anerkannt worden.

Die städtische Schuljahnklinik Neukölln, Wildenbruchstraße 79, ist während der großen Ferien vom 4. Juli bis 10. August d. J. für jeden Verkehr geschlossen. Die Behandlung dringender Fälle findet während dieser Zeit in der Jahnklinik des Krankenhauses Brigg, Stubenrauchring, werktäglich von 10 bis 11 Uhr, statt.

Die Jahrsausstellung der deutschen Gastwirte. Der Deutsche Gastwirteverband wird seine diesjährige fachgewerbliche und Kochkunstausstellung vom 6. bis 14. Oktober in Hannover veranstalten. Die städtischen Ausstellungshallen und das große Ausstellungsgebiet neben der Stadthalle werden die Ausstellung beherbergen, die nach bereits jetzt vorliegenden Anmeldungen außerordentlich reich besetzt sein wird. In der Kochkunstabteilung werden durch Zuhilfenahme der modernsten Kühlanlagen die Schaugerichte tagelang vollkommen frisch und ansehnlich erhalten. Während der Ausstellung finden verschiedene Tagungen der Fachverbände statt.

650 Jahre Berlinchen. Am 8. Juli feierte die reizend gelegene Stadt Berlinchen in der Neumark ihr 650jähriges Bestehen. Den Höhepunkt bildete ein historischer Festzug, der die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Berlinchen zeigte. Bürgermeister Bunke begrüßte die Gäste. Der Berliner Oberbürgermeister Böß überreichte als Geschenk der Stadt Berlin 1000 Mark, die für die Unterstützung kinderreicher Familien verwendet werden sollen.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Norven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!** Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 5000 Ärzte anerkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis M. 1.40, 0,46 Chin. 12,6 Lit. 7,4 Ac. acet. sal. ad 100 Amyl.

Die Qualitätszigarette

5 Pfg. ABDULLA Nr. 15

angenehm mild und aromatisch

Andauernde englische Textilkrise.

Auch für Deutschland wichtige Lehren eines Komiteeberichts.

Im Rahmen der großen britischen Wirtschaftsuntersuchungen, deren Einleitung auf eine Kabinettsverfügung der Regierung MacDonald zurückgeht, erscheinen nunmehr auch Einzelberichte über die wichtigsten englischen Industriezweige, über den Bergbau, die Metallindustrie sowie über die Textilindustrie. Die Textilindustrie bleibt

nach dem Bergbau das größte Schmerzenskind

der englischen Wirtschaft. Die englische Textilindustrie, die im Vorjahre rund 1 1/2 Million Arbeiter beschäftigte und nach wie vor Englands größte Exportindustrie ist, hat ihre Vorkriegsposition nicht zurückgewinnen können. Große Arbeitslosigkeit in den Textilbezirken, finanzielle Schwierigkeiten zahlreicher Textilgesellschaften, Kartellierungsversuche und Zollforderungen, die freilich bisher ebenso wie die Bemühungen um Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen ergebnislos waren, sind die Begleiterscheinungen der tristen Lage in den alten englischen Textilindustrien.

Die neuen Sonderberichte des Balfour-Komitees zeigen nun zwar keinen Weg aus dieser schwierigen Lage, trotzdem sind die Berichte durch ihr umfangreiches Material beachtenswert und können für eine Neuorganisation der englischen Textilwirtschaft wertvolle Grundlagen bilden. Der starke Produktionsrückgang in der englischen Baumwollindustrie ist auf die

großen Exportverluste zurückzuführen.

Die englische Produktionsstatistik von 1924 ermittelte eine Gesamtproduktion an Baumwollgarnen von rund 620 Millionen Kilogramm und Baumwollgeweben von rund 5000 Millionen Meter, gegenüber rund 900 Millionen Kilogramm und rund 7300 Millionen Meter im Jahre 1912. Der Produktionsrückgang beträgt also — 1925 und 1927 hat sich die Gesamtproduktion etwa auf gleicher Höhe gehalten — mengenmäßig etwa ein Drittel der Vorkriegsproduktion.

Die Exportverluste sind vor allem auf den beiden großen Hauptabgabebereichen in Indien und Ostasien infolge der gewachsenen Eigenproduktion der asiatischen Länder eingetreten. Auch in Amerika, besonders in den südamerikanischen Ländern, hat England viel Boden durch die amerikanische Konkurrenz verloren. Nur der Absatz nach Europa hat sich behauptet, aber er spielt mit einem Anteil von etwa 10 Proz. des englischen Gesamtexports eine untergeordnete Rolle.

Die Bedeutung des Inlandsmarktes.

Seit 1924 waren die Exporte der englischen Baumwollindustrie weiter rückgängig, doch scheint, wie man aus dem nahezu gleichgebliebenen Rohstoffverbrauch schließen kann, der Inlandskonsum sich weiter gehoben zu haben. Der Inlandmarkt ist heute bereits für die Baumwollindustrie ein bedeutender Faktor geworden; fast zwei Fünftel der Beschäftigungsdürfte im Vorjahre gegen nur ein Viertel in der Vorkriegsperiode auf dem Binnenmarkt abgesetzt worden sein.

Nach bedeutender ist übrigens der Binnenmarkt für die englische Wollindustrie. Im Gegensatz zu der Situation in der Baumwollindustrie beruht der Produktionsrückgang in der Wollindustrie vornehmlich auf der Verringerung der inländischen Kaufkraft, während der Export sich jedenfalls bis 1924 auf der Vorkriegshöhe behaupten konnte. Seitdem dürfte, ganz besonders fühlbar im Jahre 1927, durch Erhöhung der Massenaufrüstung infolge Senkung der Lebenshaltungskosten bei gleichbleibendem Lohnniveau eine erhebliche Steigerung des Inlandsabsatzes auch bei der Wollindustrie eingetreten sein. Anders läßt sich jedenfalls die Steigerung des Rohstoffverbrauchs bei erheblich zurückgegangenem Export und die starke Verbesserung des Beschäftigungsgrades (Ende 1927 betrug die Arbeitslosigkeit in der englischen Wollindustrie 6,7 Proz. gegen etwa 9 Proz. im Durchschnitt Ende 1924/25 und 25 Proz. während der Streikperiode) nicht erklären.

Die beiden großen englischen Textilindustrien sind also heute in viel höherem Maße als in der Vorkriegsperiode von der Inlandsfrage abhängig. Auch für die zukünftige Entwicklung der Industrien ist — das kommt in dem Bericht mehrfach zum Ausdruck — die Hebung der Realeinkommen der Massen von entscheidender Bedeutung.

Auf Grund der veränderten Weltlage hält es das Balfour-Komitee für kaum möglich, daß die englische Baumwollindustrie den verloren gegangenen Exportabsatz an Stapelwaren wiedergewinnt; die Aufgabe der englischen Baumwollindustrie sei es vielmehr,

sich zunehmend auf bessere Qualitäten umzustellen.

Hierin besteht infolge der technischen Überlegenheit, der großen Spezialisierung und der guten Schulung der Arbeiterschaft die Zukunftschance der englischen Baumwollindustrie. Diese Anschauung scheint schon durch die bisherige Entwicklung gerechtfertigt zu sein. Derjenige Zweig der englischen Textilindustrie, die überwiegend keine Garne und hochwertige Gewebe herstellen, die sogenannte ägyptische Sektion (überwiegende Verarbeitung von ägyptischer Baumwolle) ist bisher von der Krise fast ganz verschont geblieben. Mit Rücksicht hierauf sind auch bereits zahlreiche Umstellungen erfolgt. Während in der Vorkriegszeit nur rund 14 Millionen Spindeln ägyptische Baumwolle verarbeitet, war ihre Zahl 1927 bei gleichgebliebener Gesamtzahl der Spindeln rund 18 Millionen. Dagegen lastet die Krise schwer auf den Verarbeitungszweigen von amerikanischer Baumwolle, der sogenannten Amerikaner-Sektion, die überwiegend gröbere Garne und Gewebe herstellen. Alle Bemühungen, durch ein einheitliches Vorgehen hier die Schwierigkeiten zu mildern, sind bisher fehlgeschlagen. Die organisierte Kurzarbeit, Festlegung von Produktionsquoten mit dem Recht der Quotenübertragung, Festsetzung von Mindestpreisen konnten infolge der Durchbrechung durch zahlreiche Außenleiter nicht aufrecht erhalten werden.

Die tiefsten Ursachen hierfür wie für die mangelnde Rentabilität in der Baumwollindustrie sind zu einem großen Teil in der außerordentlichen Zersplitterung und ungeheuren Ueberkapitalisierung

zu suchen. In der Baumwollindustrie bestehen mehr als 600 Einzelunternehmen, von denen rund drei Viertel mit weniger als 100 000 Spindeln ausgerüstet sind. Konzernmäßige

Zusammenfassungen sind bisher nur in geringem Maße erfolgt; es bestehen außer der durch die Firma Coats vertrusteten Nähgarnindustrie eigentlich nur drei große Spinnkonzerne mit insgesamt wieder nur ein Zehntel der vollen Kapazität. Noch stärker ist die Zersplitterung in der Weberei; von den rund 900 Unternehmungen wird der Hauptteil noch als Privatfirmen geführt, rund ein Viertel der Unternehmungen hat weniger als 200 Webstühle.

Die gesamte Baumwollindustrie konnte in den Kriegsjahren und in der Nachkriegskonjunktur von 1919/20 Riesengewinne einheimen. Die Mehrzahl der Betriebe ließ sich durch die enormen Gewinne und die außerordentlich hohe Verzinsung des Kapitals zu bedeutenden Kapitalerhöhungen verleiten; die Betriebe wurden entweder an neue Gesellschaften mit viel höherem Stammkapital verkauft oder es wurden an die Aktionäre Gratisaktien ausgegeben. Insgesamt wurde fast die Hälfte der Spinnerei- und etwa ein Siebtel der Webereianlagen von diesem Finanzierungsaumel befallen. Diese Gesellschaften, die ihr Kapital auf Grund von Kriegsgewinnen und der Kriessprophie der Nachkriegskonjunktur ohne entsprechende Anlagerweiterung verdoppelt oder verdreifacht, waren natürlich nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse außerstande, ihr viel zu hohes Kapital zu verzinsen. Während die alten Gesellschaften, die ihr Kapital nicht erhöht haben, im Durchschnitt seit 1921 8,7 Proz. Dividenden verteilen konnten, betrug die Dividendenrate bei den überkapitalisierten Betrieben nur etwa 2,5 Proz. Die Verschuldung ist ferner bei den Betrieben mit vermehrtem Kapital außerordentlich gewachsen; sie beträgt pro 1000 Spindeln etwa 15000 M. gegen 10 000 M. bei den Gesellschaften mit unverändertem Kapital. Die mangelnde Rentabilität und die wachsende Verschuldung der Betriebe ist darauf zurückzuführen, daß man

die Sanierung der notleidenden Betriebe durch Kapitalzusammenlegung unterließ.

Jedenfalls ist die Lohnhöhe und die Arbeitszeit keinesfalls ein gegenüber diesen schweren Missetänden irgendwie nennenswert nachteilig wirksamer Faktor; die Schwierigkeiten einzelner englischer Industriegruppen beruhen ja überhaupt nicht auf zu hohen Löhnen — das Lohnniveau in den sogenannten alten Industrien, wie Bergbau, Textilindustrie u. a., ist ohnehin erheblich niedriger als in den zahlreichen modernen Industriezweigen, die trotzdem voll weibewerksfähig sind — sondern auf organisatorischen Mängeln. Neue konstruktive Vorschläge zu deren Hebung und zur Sanierung der englischen Baumwollindustrie werden im Bericht nicht gegeben, jedoch geht aus ihm unmissverständlich hervor, daß die Rettung keinesfalls durch Lohnherabsetzung oder Arbeitszeiterlängerung, sondern nur auf dem Wege der Rationalisierung der Betriebe, Ausschaltung oder Verschmelzung der nicht mehr leistungsfähigen Kleinunternehmen und rücksichtsloser Kapitalzusammenlegung der überfinanzierten Unternehmen erreicht werden kann.

Rekorde im Konsum.

52 Millionen Umsatz. — 28 532 neue Mitglieder.

Der letzte Monat des 29. Geschäftsjahres der Konsumgenossenschaft Berlin, das am 30. Juni schloß, brachte einen weiteren Zugang von 1885 neuen Mitgliedern, wodurch sich der Mitgliederbestand auf 157 215 steigerte. Die Gesamtzahl der Aufnahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug 28 532, ein Rekord der Aufnahmen, der in der 29jährigen Entwicklung der Genossenschaft noch in keinem Jahre erreicht wurde. In wela erfreulich starkem Maße sich die Anziehungskraft der Konsumgenossenschaftlichen Organisation auf die breiten Massen der Berliner werktätigen Bevölkerung erhöht hat, dafür folgende Aufnahmestellen:

im Jahre 1924/25	2 628 neue Mitglieder
„ „ 1925/26	11 300 „
„ „ 1926/27	20 721 „
„ „ 1927/28	28 532 „

Im letzten Geschäftsjahr ergibt sich durch Todesfälle, Kündigungen, Ausschlüsse ufm. ein Abgang von 11 023 Mitgliedern. Der Reinzugang beziffert sich demnach auf 17 509 Mitglieder. Das 30. Geschäftsjahr beginnt mit einem Mitgliederbestand von 146 192 gegen 128 683 im Vorjahr.

Der Umsatz im Monat Juni betrug 4 845 127,28 M.; im Vergleich mit dem vorjährigen Juniunsum ist eine Steigerung um 1 007 929 M. oder um 26,2 Proz. eingetreten. Die stärkere Umsatzvermehrung weist mit 177 Proz. die Abteilung Warenhäuser auf.

Der Gesamtumsatz im 29. Geschäftsjahr betrug 51 997 043 M. oder rund 52 Millionen Mark

gegen nur 40,67 Millionen im Jahre 1926/27. Der Jahresumsatz ist um 11 322 066 M. oder 27,8 Proz. gestiegen.

In der Konsumgenossenschaftlichen Sparrasse vermehrten sich die Einlagen im Juni um 844 170 M. Der gesamte Einlagenbestand erhöhte sich damit am Abschluß des Geschäftsjahres auf 24 954 673 M. Da am Beginn des Geschäftsjahres nur 15 929 204 M. als Einlagen vorhanden waren, stiegen die Einlagen um 9 025 469 M. oder 56 Proz.

Der Kampf gegen die Agrarkrise.

Keine Staatsgelder für die Mühlentransaktion.

Es ist begreiflich, daß der überraschende Aktienverkauf an der Getreide-Industrie- und Kommissions-A.-G. durch die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse alle Kreise der interessierten Öffentlichkeit in Atem hält. Natürlich ist auch der private Getreidehandel, der sich zunächst betroffen fühlt, beunruhigt, und man ist bemüht, die in ihrer Tragweite zweifellos bedeutende Aktion durch den Hinweis darauf in ein besonderes Licht zu rücken, daß man von erheblichen Beteiligungen öffentlicher Gelder an dieser Transaktion spricht.

Der Amtliche Preussische Pressedienst stellt demgegenüber fest, daß die von der „D.M.Z.“ gebrachte Mitteilung, der preussische Staat habe der Preußenkasse einen Sonderkredit gewährt, für den die Preußenkasse ihrerseits Wechsel zu geben habe, unrichtig

sei. Preußen hat der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse aus Anlaß des Aktienverkaufs keine neuen Mittel zur Verfügung gestellt.

Von Interesse ist auch eine Mitteilung, von der wir annehmen, daß sie aus Kreisen des Reichsernährungsministeriums stammt. Darin wird zur juristischen Seite zunächst betont, daß es sich bei dem Aktienverkauf zunächst um ein privatwirtschaftliches Geschäft der Preußenkasse und der Rentenbankkreditanstalt handele, für das die Verwendung von Reichsgeldern ebenfalls nicht in Frage komme. Der neue Reichsernährungsminister habe erst kurz vor dem Abschluß des Geschäftes von der Transaktion erfahren, und habe im letzten Augenblick sein Augenmerk darauf gerichtet, daß bei der endgültigen Abwicklung und bei der Gestaltung der Organisation einseitige Interessen hintangehalten wurden. Durch die Zusammenarbeit von Rentenbankkreditanstalt und Preußenkasse sei eine Garantie dafür gegeben, daß weder die Produzenten noch die Konsumenteninteressen allein zur Geltung kommen.

An dieser Mitteilung ist der Hinweis auf die Zusammenarbeit der beiden Institute bemerkenswert, von der wir hoffen wollen, daß sie durch die Zusammenarbeit der Regierungsstellen des Reiches und Preußens unterstützt wird, an der es bekanntlich in der Vergangenheit, besonders von Reichs aus, sehr gefehlt hat. Gerade weil die Einflussnahme der beiden Bankinstitute auf Mühlengewerbe und Getreidehandel im höheren Sinne eine Rationalisierung der Landwirtschaft zur Folge haben kann, wäre eine aktive Behandlung der von hier aus erreichbaren agrarpolitischen Probleme durch die beiden Regierungsstellen von größtem Nutzen.

Massenaufrüstung und Konjunktur.

Kaufkraft der Massen noch immer unter Vorkriegeshöhe.

Die Reallohne allein geben noch keine Auskunft über die Massenaufrüstung, wenn nicht auch der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft bzw. die Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. In der jüngst erschienenen „Wirtschaftsturne“ unternahm Dr. Moriz Elias den Versuch, die Massenaufrüstung unter Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades zu bestimmen. Für die Berechnung des Reallohnes bediente er sich der amtlichen Lohnstatistik und des Lebenshaltungsindex, für den Beschäftigungsgrad aber der Statistik der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder Kurzarbeit, Saisonarbeit, Ueberstunden wie Arbeitslosenunterstützung und Veränderungen infolge des Wechsels im Altersaufbau der Bevölkerung mußten unberücksichtigt bleiben; nach Ansicht des Verfassers kommt diesen Momenten wahrscheinlich eine entscheidende Rolle nicht zu.

Die Betrachtung der von ihm aufgestellten Kurve ergibt, daß seit 1924 die Kaufkraft nur einmal, und zwar gegen Mitte 1927, während einer ganz kurzen Zeit, die Vorkriegskaufkraft um ein Geringes überstieg. Seitdem geht es wieder abwärts. Das zweite Halbjahr 1927 zeigt bereits eine beträchtliche Senkung der Massenaufrüstung. Das erste Quartal 1928 brachte eine kleine Steigerung, ohne daß die Vorkriegskaufkraft erreicht werden konnte.

Dr. Elias weist darauf hin, daß die Massenausgaben im Herbst und im Winter erheblich höher sind als im Sommer, wo die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung fortsetzen bzw. eingeschränkt werden und auch die Sommerleistung durchschnittlich billiger ist als im Winter. Deshalb ist es an sich nicht berechtigt, daß gerade im Herbst keine Lohnsteigerungsstatistiken publiziert werden.

Durch die Erhöhung des Reallohnes steigen die Absatzmöglichkeiten für die verschiedenen Gewerbezweige nicht gleichmäßig. Die Veränderung der Massenaufrüstung trifft die verschiedenen Industrien in verschiedenem Maße. Für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, ja in der Regel auch für die Nahrung, werden stets ungefähr die gleichen Ausgaben gemacht, dagegen nehmen die Ausgaben für Kleidung bei Wechsel des Einkommens antelmäßig zu, noch mehr aber die Ausgaben für den Posten „Verschiedenes“.

Auch in der Entwicklung der Spareinlagen spiegeln sich die Veränderungen der Massenaufrüstung wider. Doch müssen wir uns dabei bewußt bleiben, daß erfahrungsgemäß auch bei einem Niedergang der Massenaufrüstung die Spareinlagen meist noch einige Zeit hindurch relativ hoch bleiben, da die Beforsnis vor eintretender Arbeitslosigkeit in Zeiten des konjunkturellen Niederganges den Spartrieb der noch Beschäftigten fördert.

Quartalbericht des Stahltruffs.

Teils saisonmäßiger Beschäftigungsrückgang.

Die Vereinigte Stahlwerke A.-G. hat, ihrer neuerlichen Uebung entsprechend, auch für das dritte Quartal (April bis Juni 1928) ihres von September zu September laufenden Geschäftsjahres einen Lagebericht erstattet. Dieser Bericht zeigt allgemeine Rückgänge in den Produktions-, Beschäftigten-, Umsatz- und Auftragsziffern. Zu berücksichtigen ist bei den eingetretenen Veränderungen, daß das Quartal vom April bis Juni regelmäßig die stärksten Saisoninflüsse enthält, was besonders für den Steintohlenbergbau gilt. Im Jahre 1928 waren natürlich auch die Boreindeckungen wegen der in diesem Quartal vorgenommenen Eisenpreiserhöhung von Bedeutung, die die Beschäftigung und die Umsatzziffern im vorübergehenden Quartal künstlich etwas erhöhten. Das Gesamtbild zeigt aber noch eine reichliche Beschäftigung, wobei besonders auffällt, daß der Auftragsbestand der Hüttenwerke und Verfeinerungsbetriebe ab 1. Juli erheblich weniger stark gesunken ist, als der Gesamtumsatz an Fremde.

Am stärksten äußern sich die Saisoninflüsse bei dem Rückgang der Kohlenförderung. Nach einer Steigerung von 6,67 auf 6,90 Millionen Tonnen vom ersten zum zweiten Geschäftsquartal hat das dritte Quartal eine Senkung auf 6,29 Millionen Tonnen gebracht, allerdings etwas mehr als die entsprechende Senkung in dem gleichen Quartal des vorigen Jahres. Bemerkenswert ist, daß die Kohlerzeugung mit 2,30 Millionen Tonnen nur um 20 000 Tonnen niedriger war als im zweiten, und gar nur um 8000 Tonnen niedriger als im ersten Geschäftsquartal. Bei der Roheisen- und Rohstahlerzeugung zeigen sich stärkere Rückgänge. Die Roheisenerzeugung ist kontinuierlich vom ersten bis zum dritten Geschäftsquartal von 1,72 auf 1,70 bzw. 1,54 Millionen Tonnen gesunken, während die Rohstahlerzeugung nach einer geringfügigen Steigerung vom ersten zum zweiten Quartal von April bis Juni 1928 von 1,84 auf 1,62 Millionen Tonnen sank.

In der Zahl der Beschäftigten ergab sich ebenfalls vom ersten bis dritten Quartal eine kontinuierliche Senkung. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Truffirmen ist von 198 101 am 31. Dezember auf 197 827 am 31. März und auf

1926 am 30. Juni gefunken. Die entsprechenden Ziffern für den Steinkohlenbergbau sind 92 451, 92 588 und 90 567.

Bei den Umsatzziffern wird wieder nur der Umsatz an Fremde ausgewiesen, d. h., der interne Umsatz zwischen den Teilst- und Konzernfirmen erscheint in den Ziffern nicht. Dieser Umsatz an Fremde ist gegenüber dem zweiten Geschäftsquartal von 360,90 auf 339,80 Millionen gefallen. Dabei ergibt sich für die Verteilung der Umsätze an Inlands- und Auslandskunden die angestrebte Tatsache, daß der Auslandsabfall zunahm, während der Inlandsabfall zurückging. An Abnehmer im Inlande wurde für 216,61 gegen 245,96 Millionen umgekehrt, während bei den Abnehmern im Auslande sich der Umsatz gegenüber dem zweiten Geschäftsquartal von 114,03 auf 123,19 Millionen erhöhte.

Wie schon gesagt, sind die Auftragsbestände, die am

1. Juli bei den Hüttenwerken und Verfeinerungsbetrieben zu verzeichnen waren, weniger stark gefallen als der Gesamtumsatz. Im Verhältnis zum Bestande vom 30. September v. J., also zum Schluss des letzten Geschäftsjahres, betragen diese Auftragsbestände 89,4 Prozent am 1. Juli gegen 92,3 Prozent am 1. April.

Im Berichtsjahr wurde auf dem Hochföhrwerk Wissen auf der Niederrheinischen Hütte, dem Schalterverein und dem Hüttenbetrieb Wedderich je ein Hochföhrer stillgelegt, dagegen wurde auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn ein weiterer Ofen in Betrieb genommen.

Den vergleichsweise stärksten Konjunkturrückgang verzeichnet nach neuen Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung die deutsche Leder- und Schuhindustrie. Während von Oktober 1927 bis Mai 1928 die allgemeine industrielle Beschäftigung nach den Berichten der Gewerkschaften nur um etwa 3,5 Proz. ab-

nahm, betrug der Beschäftigungsrückgang in der Leder- erzeugenden Industrie 10 Proz., in der Ledererarbeitenden Industrie 14 Proz., und innerhalb der letzteren bei der Schuhindustrie sogar 17 Proz. Die Haupteinfuhr aus dem Ausland lag im Mai d. J. um 30 Proz. unter dem Durchschnitt des letzten Vierteljahres 1927. Der Abfall von Lederwaren an die Konumenten ist, wenn auch nicht so stark, ebenfalls zurückgegangen. Das Institut nennt dafür drei Ursachen: einmal die seit dem vorjährigen Herbst gesteigerte Erwerbslosigkeit, dann die ungünstige Bitterung der vergangenen Monate, und schließlich die erhebliche Steigerung der schiedsollomatischen Einfuhr, die sich von 224 000 Paar im Durchschnitt des letzten Quartals 1927 auf 666 000 Paar im Mai 1928 erhöht habe. Der Anteil der Einfuhr am deutschen Schuhverbrauch sei von noch nicht 5 auf 13 Proz. gestiegen. — Wir glauben allerdings, daß die recht unvorteilhafte Preispolitik der deutschen Schuhfabrikanten sowohl den Absatzrückgang im Inlande als auch die Mehreinfuhr aus dem Ausland sehr gefördert hat.

Größte Eile geboten!!! Mohrenstr. 37a

Wegen vollständiger Aufgabe des seit 40 Jahren bestehenden Detailgeschäftes

Totaler Ausverkauf!!!

Ia Pelzmäntel

Seal Electric	Maniwurl	Nerzmurmelt	Persianer	Peczaniki	Gazelle
früher bis 250.- 350.-	650.-	925.-	1050.- 2300.-	850.- 1100.-	195.-
Ausverkaufspreis 175.- 275.-	365.-	595.-	650.- 1050.-	450.- 800.-	125.-

Einzelne Pelzjacken spottbillig!

Sealplüschmäntel auch für stärkste Figuren bekannte Qualitäten früher bis 79.- 118.- 195.- seit 40 Jahren Ausverkaufspreis 49.- 59.- 95.-	Gummi-, Sport- und Reismäntel, Uster früher bis 59.- 45.- Ausverkaufspreis 1975	Komplett u. Wollkleider früher bis 75.- 119.- 185.- u. Kostüme Ausverkaufspreis 25.- 39.- 59.-
Wintermäntel früher bis 29.- 65.- 135.- mit und ohne Pelz Ausverkaufspreis 99 20.- 48.-	Hauskleidung und Seidenmäntel herrliche Schöpfungen auch früher bis 59.- 79.- 125.- für allerstärkste Figuren Ausverkaufspreis 14.- 28.- 45.-	Frühjahrmäntel entzückende Ausführungen aus nur la Stoffen, Kammgarn, Herrenstoffen auch in schwarz selbst für allerstärkste Figuren früher bis 49.- 74.- 115.- Ausverkaufspreis 18.- 28.- 39.-

Verkauf 9-7 Uhr

Westmann

Berlin W, Mohrenstraße 37a
an den Kolonnaden
Untergrund-Bahnstation Friedrichstadt / Ausgang Mohrenstraße

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper Unter d. Linden 25. August erste Vorstellung nach den Ferien	Städtische Oper Bismarckplatz Ferienhalber geschlossen!
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 25. August erste Vorstellung nach den Ferien	Städt. Schauspielh. im Gendarmenpl. Ferienhalber geschlossen!

Städt. Schiller-Theater, Charlthg.
Ferienhalber geschlossen!

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Wirt vom Heldekrug
Ein lustiges Spiel m. d. Gesangs- u. Tanz m. d. neuesten Schlägern
Park. Auch Sonntag
statt 4.- Mk.
nur 60 Pf.

Leinen aus Irland
Komödienhaus Norden 6301
Tägl. 8 1/2 Uhr
Der Präsident!

Rose-Theater
Or. Frankl. Str. 13.
8 1/2 Uhr
Kassett und hinter Teil
8 1/2 Uhr
Der Fürst von Pappenheim

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Reise durch Berlin in 40 Stunden.

Kleines Theater
8 1/2 Uhr
Sprungbett der Liebe
Zsach-Ballet, Christel Storm, Törning, Garrison Schallheilt.

Klepper
Jailboote und Zelte
Fabriklederlager
BERLIN C 2
Erich Bläse, Jüdenstr. 51/52
Besuchen Sie mich oder verlangen Sie kostenlos Katalog-Zusendung

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Einbürgerung meines lieben Mannes und guten Vaters
Eduard Riegert
legen mit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Reichsbanner, der 102. Ost. Baumfällern, dem SPD., dem Ringpöster-Turn- u. Turnvereine und der Deutschen „Mittelstands“-Anfänger heiligen Dank.
Baumfällernweg, Sternstraße 5.
Hedwig Riegert nebst Kinder.

Typographia.
Achtung, Sänger! Die Einbüsung unseres Sängersbruders Hermann Bredtschneider erfolgt Sonntagabend nachmittags 7 1/2 Uhr in Baumschulenweg.
Von der Reise zurück
Zahnarzt Karfunkel
Alt-Moabit 20.
Eisu-Ne-Betten, Kinderzahn-, Stuhlmatrassen, Gummimatten, Priv. St. 201 h. Baumfällernweg 2 (Tür).

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 1/2 Uhr
Orpheus in der Unterwelt

8 1/2 Uhr
Der Kuhhandel

Komische Oper
8 1/2 Uhr
JAMES KLEIN'S
gewaltiges neues Revue-Stück:
Zieh dich aus!
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 19 Uhr ununterbrochen.

WINDHUNDRENNEN
HINTER DEM ELEKTRISCHEN HASEN
Sonnabend, d. 14. Juli, abds. 8 30 Uhr
Volkstüml. Preise: Stehpl. 30 Pf., Arena-Sitzplatz 50 Pf., Tribüne 3.- Mk., Logenplatz 5.- Mk.

POST-STADION
VERBINDUNGEN Z. POST-STADION, LEHRTER STR. 57a:
STADTBahn LEHRTER BHF. STRASSENbahn: 11, 12, 13, 14, 15, 21, 23, 44, 66, 118, 119. AUTOBUS: 10, 11, 19.
Renoveranstalt Windhundress. Gesellschaft, NW 7, Unter den Linden 44. — Fernsprecher: Morkur 2159-59.

Gartenstadt Fredersdorf

bei Berlin

2. Station hinter Hoppegarten

Das neue Werder des Ostens

Nach behördlich genehmigtem Bebauungsplan verkaufen wir mit sofortiger Bauerlaubnis, jedoch ohne Bauzwang

3000 Parzellen

besten Gartenbodens — Obstbau

in Größen von 800—1200 m unter wirtschaftlichen Kaufpreisen

Kleine Anzahlungen — Kleine Monatsraten

Die ersten hundert Parzellen zum Vorzugspreise von Rm. 1,30 per m Sport- und Parkanlagen — Badeanstalt — Waldpark im Entstehen

Sonntags für Besucher Autobus auf Station Fredersdorf Erfrischungen und Konzert durch Bergkapelle auf dem Siedlungsgelände und im Ort unentgeltlich

Ankauf in dieser zurzeit größten und entwicklungs-fähigsten Siedlung in der Umgegend Berlins ist denkbar beste Kapitals- und Sparanlage

32 Minuten Stadtbahnfahrt ab Schlesischen Bahnhof. Fahrpreis (Siedlerkarte) 25 Pf.

Besuchen Sie uns am Sonntag

Deutsche Cultur- und Siedlungs-Gesellschaft m. b. H.

BERLIN W 35, Schöneberger Ufer 35
Telephon: Nollendorf 8189 und 8095

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 8 Tel. 1. Mpl. 18077
Täglich 8 Uhr
Elite-Sänger
allabendlich
Bombenerfolg!
Lachen ohne Ende.
u. a. „Wasserratten“
sowie der unvergleichliche Solistell.

Reichshallen-Theater
Sonntag, den 12. Juli 1928
Abschieds-Vorstellung der Stettiner Sänger
ab 16.7. Gastspiel der Dresdener-Viktoria-Sänger
lat. 3 Uhr. Preis 4 Mk. u. 2 Mk.

„Baldravin“
Patentmedizinal- unter Nr. 34258.
Er enthält essenti. Extraktstoffe d. Baldrian-Wurzel in köhligem Sö- wein gelöst. Alle Nachahmungen, die als obengut angeboren werden, welche man sich selbst zurück. Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Herstellere: Otto Stimpf A.-L. Chemnitz.

Verloren
lange Diamantennadel
gegen 1 Uhr in der Nacht zum 11. Juli entweder in Caschova, Lottiersk., oder auf dem Wege oder im Auto von dort nach Margaretenstraße. Abzugeben gegen hohe Belohnung bei Heiner, Margaretenstraße 4. Tel.: Nollend. 5799.

Einem gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten
„Baldravin“
Patentmedizinal- unter Nr. 34258.
Er enthält essenti. Extraktstoffe d. Baldrian-Wurzel in köhligem Sö- wein gelöst. Alle Nachahmungen, die als obengut angeboren werden, welche man sich selbst zurück. Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Herstellere: Otto Stimpf A.-L. Chemnitz.

Stodlaternen mit Stock, Dtz. 60, 75 Pf. Fackeln Dtz. 60 Pf. Lampions Dtz. 75 Pf. an, echte Japanlaternen von 60 Pf. an, Papiermützen Dtz. von 20 Pf. an, Girlanden Dtz. von 50 Pf. an, Waschfackeln, 1 Stunde br. 35 Pf. Feuerwerk sehr billig, Bengalfener Pfd. 60 Pf. und 1 Mk. Verlosungsartikel für Kinder, Dtz 60 Pf. an
A. Maas & Co. G. m. b. H., Markgrafenstr. 74, an der Lindenstraße, Kommissionsware bei teilw. Festkauf.

Möbelfabrik „Birke“
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Berlin O 24, Boxhagener Straße 117

Aktiva	Bilanz per 31. Dezember 1927	Passiva
Kassenbestand	92.31	Warenschulden und Verbindlichkeiten 33 472.64
Wechselbestand	1 793.—	10 Anteile der Genossen 2 000.—
Bankguthaben	4 483.52	Reserve-Konto
Apfenstände	2 267.70	Reingewinn
Warenbestand	39 755.98	3 367.91
Maschinen u. Werkzeuge	14 926.69	3 972.66
10% Abschr. 1 403.66	12 623.03	
	61 912.61	61 912.61

Die Zahl der Genossen beträgt . . . 10
ausgeschlossen — hinzugekommen —
bleiben 10
Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt . . . 20 000.—
Die Hafsumme 20 000.—
Berlin, den 12. Februar 1928
Die Richtigkeit wird bescheinigt
Der Vorstand
Hermann Weise K. Schmidt
Für den Aufsichtsrat
Heinrich Kutzner

Lohnsteuerentfaltung beschlossen!

210 gegen 188 Stimmen bei der Schlussabstimmung.

Dem Antrag des Geschäftsausschusses gemäß verweigerte der Reichstag gestern zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Buchmann (Komm.), Brüninghaus (D. Sp.), Bied (Komm.), Lufft (Soz.), Dr. Eberling (Dnat.), Bude (Wirtsch. P.), Münzenberg (Komm.), Fuh (Komm.) und Mache (Soz.).

Weiter wird die Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schulz (Soz.) und eines Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Neubauer (Komm.) beschlossen.

Die Lohnsteuerentfaltung.

Es folgt dann die zweite Beratung der Lohnsteuerentfaltung.

Der Steueraussschuss empfiehlt an Stelle der kommunistischen Entwürfe den von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingebrachten Entwurf, der eine Entfaltung um 25 Prozent oder 100 Millionen Reichsmark bei der Einkommensteuer von Einkommensteuerverpflichtigten mit einem Einkommen bis 15 000 Mark, außerdem soll eine Ermäßigung dadurch erfolgen, daß das zu verwerbende Monatseinkommen auf volle 5 Mark nach unten abgerundet wird.

In einer Entschließung ersucht der Ausschuss die Regierung, angesichts des hohen Steuerdrucks in den Sommermonaten die Frage der Entfaltung der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Stufen zu prüfen und dabei die von den Parteien geäußerten Entwürfe sowie die Notwendigkeit der Entfaltung der Realsteuern zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) erklärt, der vom Ausschuss angenommene Entwurf bedeute keine wirkliche Entfaltung der Lohnsteuer. Die Sozialdemokratie habe damit ihre Wahlversprechungen gegeben. Die Sozialdemokratie treffe jetzt dieselbe antijohliche Regelung wie vor ihr die reaktionäre Bürgerblockregierung. Die Sozialdemokraten hätten das früher von ihnen abgelehnte Gesetz in noch verschlechterter Form aufgenommen. Der Antrag sei ein Beitrag der Arbeiterklasse; die Kommunisten würden diesen erträglichen Antrag ablehnen.

Präsident Eöde ruft den Abg. Dr. Neubauer wegen des Ausdrucks „betrügerisch“ zur Ordnung.

Abg. Dr. Kademacher (Dnat.) meint, die Ausschussverhandlungen über die Lohnsteuerentfaltung hätten die Hoffnung auf ein langes Leben der jetzigen Regierungskoalition sehr herabgestimmt. Wenn der jetzige Regierungsentwurf wirklich angenommen wird, dann werde die Annahme gegen zwei Regierungsparteien erfolgen. Die durch den Entwurf gedachte Entlastung sei für den einzelnen Steuerzahler lächerlich gering. Die Deutschnationalen seien eine organische Steuerentfaltung unter Berücksichtigung der Realsteuern. Die jetzt beschlossene Vorwagnahme einer solchen Vorgehensweise würde die allgemeine Steuerentfaltung nur stören.

Der weitaus größte Teil der deutschnationalen Fraktion werde deshalb dem Entwurf nicht zustimmen.

Abg. Dr. Horsafer (Bayer. Sp.) belächelt die Vorlage. Eine Vorwagnahme eines Teils der Steuerentfaltung widerspreche der ersten Regierungserklärung, daß bis zum Herbst erst geprüft werden müsse, in welchem Umfange die Finanzlage des Reiches eine allgemeine Steuerentfaltung zuläße. Vorher seien auch die Voraussetzungen der realisierten Vorwagnahme nicht gegeben. Das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Länder mit dem Reich würde durch die Annahme des Entwurfs gestört werden. Bei so wichtigen Dingen hätte die Reichsregierung sich vorher mit den Ländern verständigen sollen.

Abg. Dr. Herch (Soz.)

weist darauf hin, daß die Reichsregierung erst vor einer Woche die Billigung des Reichstages erhalten habe. Die Ausführungen der Abg. Dr. Kademacher und Dr. Horsafer seien übertrieben gewesen. Nach der Stellungnahme der bisherigen Redner müsse man damit rechnen, daß der mit einer kleinen Mehrheit im Ausschuss angenommene Entwurf im Plenum abgelehnt werde. Die Sozialdemokraten seien gleichfalls der Meinung, daß es sich nur um eine sehr geringe Entfaltung handle. Sie stimmten trotzdem dieser Entfaltung zu. Tatsächlich seien die formalen Voraussetzungen der Vorwagnahme gegenüberüberhaupt nicht gegeben. Die Tatsache, daß trotzdem eine Entfaltung vorgeschlagen werde, beweise, daß die Wünsche der Lohn- und Gehaltsempfänger jetzt besser berücksichtigt würden als früher. Wir bedauern, daß nicht das Existenzminimum erhöht worden ist. Von den Ländern wie von den Parteien wurden unseren weitergehenden Absichten unüberwindliche Hindernisse bereitet. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Deutschen Volkspartei hier in der Lohnsteuer bedeuten nur ein kleines Vorgefühl für die großen Meinungsverschiedenheiten in der Richtung der allgemeinen Steuerpolitik überhaupt. Wir stimmen jetzt zu, weil die Vorlage die weiteren Möglichkeiten einer weiteren Ermäßigung der Lohnsteuer, wie wir sie für richtig halten, nicht erhebt. Die Kommunisten sollten uns daher bei Durchführung der Vorlage unterstützen. Auf eine Veränderung unserer inneren Haltung darf man aus unserer Zustimmung zu der Vorlage nicht schließen. Die Steuerentfaltungsvorschläge der Kommunisten werden schon im ersten Jahre fünfzehnhundert Millionen Steueranfall ergeben. Nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten sind Schützer des Trustkapitals, für dessen Unternehmungen sie die größte Begeisterung haben. (Widerspruch bei den Komm.) Die Sozialdemokraten werden sich durch die Schwierigkeiten bei diesem ersten Versuch, die Einkommensteuer sozialer zu gestalten, nicht entmutigen lassen.

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der angestrichelten Volkspartei eingegangen, die Erledigung der Vorlage bis zum Herbst, bis zur Vornahme der allgemeinen Steuerentfaltung zu verlagern.

Abg. Dremsch (Wirtsch. P.) wendet sich gegen die Vorlage, weil davon eine ungenügende Entlastung der Steuerpflichtigen, aber eine Erhöhung der jetzt schon unerträglich Realsteuern durch Länder und Gemeinden befürchtet geht, wo die Finanzlage noch nicht zu übersehen sei, wäre der ungenügendste Moment für eine Steuerentfaltung.

Abg. Dr. Brüning (Z.) erklärt, seine Freunde wären entschieden Gegner einer Erhöhung der Realsteuern. Im letzten Jahre habe sich gezeigt, daß die Länder und Gemeinden trotz der erhöhten Realsteuerverweilungen vom Reich die Realsteuern nicht erhöht, sondern erhöht hätten. Der vorliegende Entwurf könne um weniger zur Begründung einer Erhöhung der Realsteuern benutzt werden, als er nur die Lohnsteuerentfaltung vorweg nehmen wolle, die nächsten Januar doch nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen eintreten müßte. (Rufe bei den Komm.: „Die Vorlage bringt eine Verschlechterung!“) Nach dem Einmaleins kann eine Steuerentfaltung um 10 Proz. niemals für den Steuerzahler eine Verschlechterung bedeuten.

Das Zentrum wird der Vorlage zustimmen.

Die einheitliche Steuerreform in Reich, Ländern und Gemeinden müsse möglichst bald erfolgen und sich auch auf die Realsteuern erstrecken. Das sei die Aufgabe des Steuervereinfachungsgesetzes. Abg. Dr. Bede-Hessen (D. Sp.) meint, die Deutschnationalen hätten keinen Anlaß, die Regierungskoalition mit einer

brüchigen Ehe zu vergleichen. Die letzten Vorgänge innerhalb der deutschnationalen Fraktion gäben viel mehr Anlaß zu solchen Vergleichen. Der Redner begründet dann den Antrag auf Vertagung der Entscheidung bis zum Herbst.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) führt aus, diese Vorlage sei nicht kritisiert zu betrachten, sondern sie sei der erste Schritt zur Erfüllung des Regierungsprogramms, dem die Reichstagsmehrheit zugestimmt hat. Abg. v. Sydow (Christl.-Nat. Bauernp.) spricht gegen die Vorlage. Die hier erörterte Frage müsse gemeinsam mit der allgemeinen Steuerentfaltung erledigt werden.

Abg. Stöbe (Nat.-Soz.) stimmt der Vorlage zu. Wenn der Reichstag schon die notwendige allgemeine Steuerentfaltung bis zum Herbst aufschiebt, dann müsse wenigstens die kleine Erleichterung auf diesem Teilgebiet vorweggenommen werden. In erster Linie würden die Nationalsozialisten für die weitergehenden kommunistischen Anträge stimmen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abgg. Dr. Brüning und Dr. Herch.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen.

Der Antrag, die Erledigung der Vorlage bis zum Herbst zu verlagern, wird abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf stärkere Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Im Hammelsprung wird § 1 des vom Ausschuss angenommenen Steuerentfaltungsentwurfs mit 203 gegen 187 Stimmen angenommen.

Dafür haben neben den Sozialdemokraten, Demokraten, dem Zentrum und den Nationalsozialisten auch einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gestimmt.

Auch die übrigen Bestimmungen des Entwurfs werden in zweiter Beratung angenommen.

In der dann folgenden dritten Beratung verliest Abg. Dr. Neubauer (Komm.) eine

Erklärung der kommunistischen Fraktion.

die den vorliegenden Entwurf ein Betrugsmanöver der Regierungsparteien nennt. (Gelächter bei den anderen Parteien.) Die kommunistische Fraktion werde auch in der Schlussabstimmung gegen den Entwurf stimmen.

Abg. Dr. Herch (Soz.):

Ich habe nicht die Absicht, mich in eine längere Widerlegung der Erklärung der kommunistischen Fraktion einzulassen. Ich will nur einige wenige Tatsachen feststellen.

Erstens. Ich habe bereits in meiner Rede vorhin darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Dezember 1927 dem damaligen Regierungsentwurf über die Entfaltung der Lohnsteuer nur deshalb nicht zugestimmt hat, weil neben einer Verbesserung auch die Verschlechterung des Textes der sogenannten Vorwagnahme darin enthalten war. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ohne diese Tatsache zu berücksichtigen, hat Herr Neubauer sich eben wiederholt die gleiche Unwahrheit zu eigen gemacht wie vorhin und behauptet, die Sozialdemokratie habe damals wie die Kommunisten gehandelt.

Zweitens. Zu unserer heutigen Abstimmung zu dem kommunistischen Antrag, der dem Antrag der Sozialdemokratie vom Dezember 1927 entspricht, habe ich zu erklären: angesichts der Gesamtsituation (Große Heiterkeit bei den Komm.), die eben durch die ganz kleine Mehrheit für diesen bescheidenen Antrag, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, vorliegt, geht aus das deutlichste hervor, daß in diesem Augenblick der von uns gestellte und auch heute noch für richtig gehaltene Antrag nicht durchsetzbar ist und die Abstimmung nur eine Demonstration darstellen würde. (Zuruf von den Dnat.: Wie kommt Ihr früher so tapfer schmähen! — Gegenrufe von den Soz. — Erneute Zurufe von den Dnat.)

Ferner wird behauptet, daß die Steuerentfaltung, wie sie jetzt vorgenommen worden ist, für die Lohnsteuerpflichtigen nur Bettelpfennige bringe und deshalb abgelehnt werden müsse. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Demgegenüber stelle ich folgende Tatsache fest: Die kommunistische Fraktion hat den Antrag auf Aufhebung der Zuckersteuer gestellt. Das würde eine Ermäßigung der Steuerlast von 140 Millionen bedeuten, eine Ermäßigung, die aber auf das ganze deutsche Volk verteilt werden müßte, während diese Entfaltung der Lohnsteuer allein für die Lohnsteuerpflichtigen eine Ermäßigung von jährlich 100 bis 120 Millionen bedeutet.

(Hört, hört! bei den Soz. und in der Mitte. — Zuruf von den Komm.: Bis zu 15 000 M. Einkommen!)

Drittens. Der Herr Abg. Neubauer hat wie in seinen ersten Ausführungen so auch jetzt seine Angriffe gegen das gesamte deutsche Steuerwesen wiederholt. Unsere Anschauung in dieser Frage ist bekannt. Auch wir wollen eine Veränderung nach sozialeren Gesichtspunkten. (Zuruf von den Komm.: Und stimmen dagegen!) Aber ich darf doch gegenüber der Kritik der Kommunisten auf einige für sich sprechende Zahlen verweisen.

Im Jahre 1922/23 war der Anteil der direkten Steuern an den gesamten Steuereinnahmen in Sowjetrußland 19,2 Proz. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei den Soz. — Heiterkeit bei den Komm.) Im Jahre 1926/27 ist dieser Anteil der direkten Steuern auf 15,5 Proz. gesunken. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei den Soz.) In der gleichen Zeit aber sind die indirekten Steuern gestiegen von 11,7 auf 27,6 Proz. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ich glaube, diese einzige Tatsache, die ich dem soeben erschienenen Werte des Professors Hensel von der Moskauer Staatsuniversität entnehme, zeigt mit aller Deutlichkeit den Widerspruch zwischen Praxis und Theorie. (Lebhafte Beifall bei den Soz. — Zurufe von den Komm.)

Ein Antrag der Wirtschaftspartei, den Entwurf an den Steueraussschuss zurückzuverweisen und das Mehrertrögen aus der Lohnsteuer zur Entfaltung der Realsteuern zu verwenden, wird gegen die Rechte abgelehnt.

Der Entwurf wird in seinen einzelnen Teilen in einfacher Abstimmung angenommen. Die Schlussabstimmung ist namentlich. Sie ergibt die

Annahme des Entwurfs in dritter Lesung mit 210 gegen 188 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen.

Die Ausschuss-Entschließung für allgemeine Steuerentfaltung im Herbst wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des deutsch-siamesischen Handelsvertrages protestiert Abg. Hörnicke (Komm.) gegen die Aufrechterhaltung der Ausfuhrzölle für Reis. Die Sozialdemokraten seien in dieser Frage Bundesgenossen der Deutschnationalen.

Abg. Dr. Meyer (Dem.) erwidert, die deutsche Regierung habe sich um die Aufhebung des siamesischen Reisausfuhrzölles bemüht, habe aber den Widerstand der siamesischen Regierung nicht überwinden können.

Abg. Krählig (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hörnicke, die er als Verteilung bezeichnet.

Präsident Eöde rügt diesen Ausdruck mit einem Ordnungsruf. Der Handelsvertrag wird darauf in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Um 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen das Umweltschutzgesetz und kleinere Vorlagen.

Drucksache Nr. 93.

Die Abänderungen des Reichstags am Haushaltsplan.

Tag um Tag ergießt sich über die Mitglieder des Reichstags eine Flut von Drucksachen. Der überwiegende Teil entfällt auf Anträge der Parteien. Es ist charakteristisch, daß in der Zahl der eingebrachten Anträge die kleineren Fraktionen die großen sehr erheblich übertreffen. Die bei weitem stärkste Fraktion, die der Sozialdemokraten, ist an diesen Hunderten von Anträgen nur mit einigen wenigen beteiligt. An der Spitze marschieren Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und natürlich die Kommunisten. Letztere, überzeugt, daß ihre Anträge gar nicht angenommen werden können, sind neuerdings dazu übergegangen, „für den Fall der Ablehnung des Prinzipalansatzes“, dem Reichstag gleich Eventualanträge, mitunter bis zu drei Stück, zur geneigten Auswahl zu offerieren.

Aus der Zahl solcher nur zu Agitationszwecken gestellten Anträge ragt neben einigen anderen Drucksachen die Drucksache Nr. 93 hervor, die allen denjenigen, die in irgendeiner Weise sich mit dem Reichsetat und mit Bewilligungen des Reichstags zu befassen haben, eine sehr erhebliche Arbeitsentlastung bringt.

Der Reichsetat, so wie er schließlich vom Reichstag verabschiedet wird, unterscheidet sich in sehr zahlreichen Positionen von dem Etatsentwurf, den die Reichsregierung dem Reichstag in zwei dickleibigen Bänden unterbreitet. Zusätze, Streichungen, Herabsetzungen, Herabminderungen, Änderungen der Zweckbestimmungen um, wechseln in bunter Folge. Vor dem Kriege gelangte der Reichsetat in der vom Parlament genehmigten Form ungekürzt im Reichsgefehlblatt zum Abdruck. Es war also einfach und leicht, die endgültige Fassung einer Position bzw. die Änderung gegenüber dem Etatsentwurf festzustellen. Aus Ersparnisrücksichten ist von solchem Reudruck des gesamten Etats im Reichsgefehlblatt nach dem Kriege Abstand genommen worden. Das Reichsgefehlblatt bringt den genehmigten Reichshaushaltsplan jetzt nur noch kapitelweise, d. h. in derart abgekürzter Form, daß für die meisten praktischen Arbeitsbedürfnisse dieser Abdruck nicht genügt und zeitraubendes, umständliches Nachschlagen in den Protokollen und stenographischen Berichten notwendig wird, um festzustellen, welche Titel und Positionen in dem betreffenden Kapitel geändert worden sind.

Die Drucksache Nr. 93 enthält nun eine von der Reichsregierung gefertigte Zusammenstellung der vom Reichstag zum Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928 nebst Ergänzung beschlossenen Änderungen, die so vollständig und in der Druckeinrichtung so klar und übersichtlich ist, daß jede Änderung gegen den Etatsentwurf ohne Mühe sofort ersehen werden kann, und dadurch ein Reudruck des gesamten Etats in der Tat entbehrlich wird. Der Hinweis auf diese wertvolle Zusammenstellung, die in der Fülle der Drucksachen leicht übersehen werden könnte, wird sicherlich vielen erwünscht sein.

Kampf der Wohnungsnot!

Das Programm des Arbeitsministers: Auslandsanleihen, Rationalisierung des Bauwesens, erschweringliche Mieten.

Der Wohnungsausschuss des Reichstags nahm einen Bericht der Reichsregierung über den Stand des Wohnungsbauwesens entgegen. Reichsarbeitsminister Wiffell führte dabei aus:

„Ich werde es meine besondere Sorge sein lassen, an der Hand der schon vorhandenen Erhebungen, namentlich der Reichswohnungszählung, noch eingehender festzustellen, in welchen Gebieten und für welche Schichten der Bevölkerung die Abhilfe dieser Wohnungsnot am dringendsten ist. Die erheblichen Mittel der öffentlichen Hand, die gegebenenfalls noch durch Anleihen, auch aus dem Auslande, zu stärken sein werden, geben uns die Handhabe, die von uns als besonders dringlich erkannten Maßnahmen in erster Linie durchzuführen.“

„Ich denke hierbei an die seit Jahren begonnene bevorzugte Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Ganz dringlich scheint es mir aber zu sein, bei unferm Wohnungsbau in wesentlich erhöhtem Maße auf die besonders schwierige Wirtschaftslage unserer linderreichen Familien Rücksicht zu nehmen.“

Mit dem Wohnungsausschuss des früheren Reichstags halte ich es für unumgänglich, in erster Linie Wohnungen in einer Größe und zu Preisen zu bauen, deren Bezahlung gerade den in den schwierigsten Verhältnissen befindlichen breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung noch möglich sein wird.

Nach wie vor bleiben die öffentlichen Mittel das Rückgrat des Wohnungsbauwesens. Es ist vor allem notwendig, daß sie endgültig auf eine dauernde gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Ebenso dringlich erscheint mir endlich die Förderung der gerade in den letzten Jahren, namentlich auf Anregung des Reichstags begonnenen Versuche zur allmählichen Rationalisierung des gesamten Wohnungsbauwesens. Den Arbeiten der Reichsforschungsgesellschaft werde ich deshalb mein besonderes Augenmerk widmen.“

Ueber den augenblicklichen Stand, namentlich die Aussichten für 1928, berichtet hierauf Ministerialrat Bötz vom Reichsarbeitsministerium.

An die Ausführungen der Regierungserreter schloß sich eine ausgiebige Debatte, in der von den Vertretern aller Parteien der Wunsch immer wiederkehrte, durch umfangreichen Bau von Reubauwohnungen der Wohnungsnot recht bald ein Ende zu bereiten.



Kufeké
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh etc.
- Kindernahrung
- Krankenkost

16. Verbandstag der Fabrikarbeiter

Einführung der Invalidenunterstützung. — Satzungsreform.

In der Mittwochssitzung wurde die Aussprache über die Lohn- und Tarifpolitik fortgesetzt. Genosse Parjisch konnte mit Leichtigkeit im Schlußwort die in der Aussprache erhobenen Einwände gegen die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandsvorstandes entkräften. Interessant war die Feststellung, daß 90 Proz. der im Frühjahr 1928 geführten Lohnbewegungen ohne den behördlichen Schlichtungsapparat durchgeführt werden konnten. In der Entschliebung zur Lohn- und Tarifpolitik wird u. a. folgende Forderung erhoben: „Der 16. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter, der nahezu eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen in sich vereinigt, fordert einen größeren Anteil an dem gesteigerten Arbeitsertrag durch Senkung der Warenpreise und Erhöhung der Löhne.“

Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte war die Einführung der Invalidenunterstützung.

Der Referent, Adler-Hannover, ging von dem Grundsatz aus, daß gewerkschaftliche Unterstützungen nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind. Der Verband muß danach streben, seinen Mitgliedern in jeder Lebenslage Hilfe anzubieten zu lassen. Sicher ist es eine Pflicht des Staates, für alte und invalide Arbeiter zu sorgen. Fast sämtliche Gewerkschaften planen die Einführung einer Invalidenunterstützung oder haben sie bereits durchgeführt. Die günstigen Auswirkungen der Invalidenunterstützung zeigen sich vor allem in einer größeren Stabilität der Organisation, einer starken Bindung der Mitglieder an den Verband, in der größeren Verbundenheit und nicht zuletzt in der Steigerung der Kampfkraft. Nicht zuletzt werden die Gewerkschaften zur Einführung der Invalidenunterstützung gezwungen, weil in den Großbetrieben Unterstützungsvereinigungen gegründet werden, die sich zu gelben Wertvereinen entwickeln können. Der Verband kann unmöglich zusehen, daß ihm von den „Gelben“ in dieser Weise das Wasser abgegraben wird. Die Einführung der Invalidenunterstützung läßt eine weitere Aufwärtsentwicklung des Verbandes erhoffen.

In der regen Aussprache setzten sich alle Redner, mit Ausnahme eines Kommunisten, für die Vorlage ein, am wärmsten die im Arbeitsverhältnis stehenden Delegierten. In der Abstimmung wurde

die Einführung der Invalidenunterstützung gegen 11 Stimmen beschlossen.

Der Verbandstag nahm dieses Resultat mit lebhaftem Beifall entgegen.

Hamburg, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Eine lebhafte Aussprache löste die Vorlage der Statutenberathungskommission aus, die von Hertwig-Köln begründet wurde. Es

handelt sich um eine grundsätzliche Neuordnung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen. Auch die Invalidenunterstützung mußte in das Statut hineingearbeitet werden. Der Vorloge der Kommission lagen die Beschlüsse und Vorschläge der Verwaltungsreformkommission des ADBB. zugrunde.

Vom Vorstand des Verbandes setzten sich Thimig und Adler für die Vorlage ein. Es gelte auf eine größere Vereinheitlichung der Leistungen und Gegenleistungen in der Gewerkschaftsbewegung hinzuwirken und damit Reibungen zwischen den einzelnen Verbänden zu vermeiden. Die Gegner der Vorlage befürchteten jedoch, daß der Fabrikarbeiterverband besonders unter der Neuordnung zu leiden habe. Der Bundesvorsitzende Leipart gab deshalb Aufklärung über das Zustandekommen der Beschlüsse der gewerkschaftlichen Verwaltungsreformkommission und des Bundesauschusses. Es könne keinesfalls die Rede davon sein, daß die einzelnen Verbände nicht genügend Gelegenheit gehabt hätten, an der Vorloge mitzuwirken. Um zu einer Vereinheitlichung der Beiträge und zu einem Ausgleich der Leistungen zu kommen, sei eine Trennung zwischen Haupt- und Lokalkassenbeiträgen notwendig. Leipart nahm dann von dem Verbandstag herzlichen Abschied. Um zur Klärung der Frage zu kommen, ging die Vorloge an eine Kommission zurück.

Es folgte nunmehr ein Vortrag von Segerer-Hannover über Jugendfragen.

Dem glänzenden Referat lagen folgende Hauptgedankengänge zugrunde. Die Gewerkschaften schenken der Jugendfrage eine immer größere Bedeutung. Die Umstellung der Industrie beeinflusst die Arbeitsweise der Jugendlichen ganz ungemein. So sind beispielsweise in der Flaschenindustrie die Behrlinge fast vollständig verschwunden. Aus diesem Grunde muß gefragt werden, ob der Ausdruck „Ungelernte“ noch zutreffend ist. Heute wird auch von einem sogenannten Ungelernten ein erhebliches Maß von Sachkenntnis und Verantwortung gefordert. Auch sie müssen Qualitätsarbeit leisten. Deshalb muß die Berufsausbildung auch auf die ungelerten Jugendlichen ausgedehnt werden. Das Berufsausbildungsgesetz ist demgemäß zu gestalten, und die Unternehmer müssen zur Ausbringung der Mittel verpflichtet werden. Es bedarf keiner Frage, daß der Verband Bestrebungen wie die des „Dinta“ grundsätzlich ablehnt. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Verbandes in der Jugendfrage begrüßt. Die Kollegin Kahrman-Nürnberg führte erschreckende Beispiele von der

Ausbeutung der Jugendlichen

an. Die Jugendlichen stehen an Maschinen, an denen noch vor wenigen Jahren Erwachsene standen.

Im Schlußwort teilte der Referent Segerer noch mit, daß in den für den Verband in Frage kommenden Industrien die Urlobsfrage für fast alle Jugendlichen geregelt ist. Der Verband beabsichtigt in nächster Zeit Gaujugendkonferenzen und eine Reichsjugendführerkonferenz einzuberufen. Eine von den Kommunisten eingebrachte Resolution wurde dem Vor-

stand überwiesen. Aus der von dem Referenten eingebrachten Entschliebung, die einstimmig angenommen wurde, heben wir folgendes hervor:

Berufsausbildung der Ungelernten.

Ungeleitet ist bis heute noch die Frage nach einer Berufsausbildung der sogenannten jugendlichen Ungelernten. Infolge der Rationalisierung und Mechanisierung gleicht sich in der Industrie die Arbeit der geleerten und die der ungelerten Arbeiter immer mehr an. Die Mehrzahl der Arbeiter gehört heute zu der Mittelschicht, den sogenannten Geleerten. Es liegt daher im Interesse der Wirtschaft und der Arbeiter, daß auch der jugendliche Ungelernte heute ein Mindestmaß von Wissen in der Beherrschung des Arbeitsstoffes und der Werkzeuge erhält. Dieses muß ihm vermittelt werden durch die Berufs- und Werkstätten, an denen die Gewerkschaften mitzuwirken haben.

Der Verbandstag hofft, daß in dem zukünftigen Berufsausbildungsgesetz die Berufsausbildung auch der Ungelernten weitestgehende Beachtung findet. Der Ferien- und Freizeitfrage sowie der Weiterentwicklung des Jugendrechtes und Jugendbeschäftigung ist sorgfältige Beachtung zu schenken.

„Grundsätze“ des Chemiekapitals.

Das Bezirkslohnabkommen für die chemische Industrie, Sekt. 6, für Baden, Rheinpfalz und Württemberg wurde von den an diesem Bezirkslohnabkommen beteiligten Gewerkschaften zum 31. Mai 1928 gekündigt und ein Entwurf für einen neuen Bezirkstarif eingereicht. Die Antwort der Unternehmer auf diesen Entwurf lautet:

„Nachdem die zuständigen Organe unseres Verbandes sich mit Ihrem Entwurf für das Sektionslohnabkommen beschäftigt haben, teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Entwurf wegen seiner weitgehenden und unerfüllbaren Forderungen als eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen nicht angesehen werden kann.“

Der Arbeitgeberverband bleibt seiner Tradition treu; wann waren einmal die Forderungen der Arbeiterschaft für ihn erfüllbar?

In einer unverbündlichen Aussprache am 22. Juni erklärten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes, daß sie alle Forderungen, die einer weiteren Lohnerhöhung dienen, grundsätzlich ablehnen; ebenso lehnt man grundsätzlich jedes Mitbestimmungsrecht bei Akkord- und Prämienarbeit ab.

Als eine „weitere Lohnerhöhung“ sehen die Herren die Forderung einer Nachsichtzulage für turmsmäßige Schichtarbeit, Schaffung eines prozentualen Verhältnisses der Sozial-, Fach- und Leistungszulagen sowie der Beilagerzulage zum jeweiligen Tariflohn an; ebenso die Erhöhung der Mindestgrenze von 15 auf 25 Proz. Akkord- und Prämienarbeit.

Unter diesen Umständen werden die Verhandlungen sich recht schwierig gestalten.

Maßtaufträge

Eberglitz man aus dem Rathaus des Deutschen Arbeiterverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Eberglitz 227-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Der Aufstieg
der Konsum-Umsätze



Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend e.G.m.b.H.

229 Lebensmittelabgabestellen in allen Bezirken Groß-Berlins
20 Fleischabgabestellen / 4 WARENHÄUSER / 3 Manufakturwarenabgabestellen

Der fliegende Holländer.

Von Walter G. Oskilewski.

(Fortsetzung.)

Inzwischen kamen Wolken herauf, ganze Kolonnen schwarzer, unheimlicher Felsmassen verdrängten das Licht des Himmels und lasteten drohend über uns und verdunkelten die so hell mit Sternen und Lichtern beglückte Nacht. Auch der Wind hieb schon kräftiger das Wasser gegen die Bordwand.

Gegen 11 Uhr gab es plötzlich einen fürchterlichen Stoß, daß einem die Eingeweide durcheinander rutschten, und alles, was nicht gerade festgenagelt und festgemacht war, durcheinanderpurzelte. Die Hängematten plumpften bedenklich. Schmitzhenner schrie: „Seit wann werden im Stillen Ozean die Walfische ungemütlich?“ um, da er allzu unglücklich zu Fall gekommen war, bei seiner angeborenen Hämmerlichkeit auszuwimmern.

Oben auf Deck röhnten schon mehrere Stimmen. Der Kapitän rief sich den Bart, was ihn bei Gott nicht schöner und gemüthlicher machte, und fluchte. Alles, was noch unten war, ging nach oben.

Ein paar Kerle hatten schon Lampen klar gemacht, damit wir uns nicht in die Höhe rannen.

„Was war eigentlich los?“

„Riff! Kragehauen!“

Das war eine nette Bekräftigung, sage ich euch. Eihen mir da nachts im Stillen Ozean wie festgebunden und konnten nicht loskommen, auf dem 16. Grad südlicher Breite lagen wir etwa, die Baumstämme, die sich eine zerfetzte Wolke von kleinen Eislanden, fast 1500 Kilometer durch den Ozean zogen, mußten in der Nähe sein. Auch Tahiti.

Kapitän Strumpeter ließ die Jolle hinunterschnurren und fuhr, aufgebissen wie ein Schulmeister, um den „Eimer“, nachzusehen, was eigentlich zu tun sei.

Wir war alles piepe.

„Samuel soll die Maschine laufen lassen.“

„Ho, pusteloh! Der „Eimer“ rumorte, schnarrte, prustete und blieb einfach liegen.“

Der Wind züchte mit einem gläsernen Knall über das Deck, rief das Taktwerk und schlug uns um die Ohren. Es begann zu regnen.

Das war ein ganz gefährliches, heimtückisches Gewässer, sage ich euch. Die größten Korallenriffe der Welt lagen in dieser Gegend, kleine Teufel, vielleicht das einzige, was der Seemann fürchten mußte. Die Inseln, denen wir benachbart sein mußten, sind unspäßige kleine Steinsteine, die oft sehr tief liegen. Im Jahre 1903 brach der Ozean über sie her und troß alles auf, was lebend und tot auf ihnen hockte.

Wir konnten nicht allzuweit von diesen Anhöhen abliegen.

Zwei Stunden standen wir schon im Regen und versuchten noch immer den Kahn freizubringen. Er schien wie mit Ketten in der Tiefe zu hängen; vielleicht machte es ihm Spaß, auch einmal ruhig schlafen zu können.

Was blieb uns anderes übrig, als Land zu suchen, das südlich liegen mußte, um Hilfe zu holen.

Was nützte es wohl, wenn wir in einer von Regen und Wind umrauten Südsee die Topplaternen schwengen, das Rebellhorn schreien lassen, Ketten in den vermisteten Himmel schickten? Niemand würde das Licht der Laternen sehen.

Niemand würde das Rebellhorn schreien hören.

Niemand würde in den vermisteten Himmel schauen.

Kapitän Strumpeter, drei Mann, Wulper und unser Küchenjunge Arien blieben an Bord, wir anderen sechs gingen in die Boote und ruderten ostwärts. Der Regen weichte uns die Haut auf und machte uns jämmerlich frieren. Josua bestellte wie eine verrostete Kanone und prustete mir alle fünf Minuten in den Stragen. Hallo, linker Hand trünte ein schwaches Lichtlein durch die Regenwand, da mußte Land sein, wenn uns nicht das Wetter narrete. Vielleicht war es Pitcairn, jenes kleine Basaltinselchen, das den Engländern gehört, kaum 5 Quadratkilometer groß und das 1790 von den meisteindenden Matrosen des englischen Kriegsschiffes „Bounty“, die sich einfach Frauen aus Tahiti in den Arm stießen, besiedelt wurde; vielleicht ist es dieses kleine Basaltinselchen, dachten wir, und waren voller Hoffnung im Blick und im Herzen. Denn mittlerweile machte die Geschichte auch keinen Spaß mehr, wir mußten doch nun einmal nach Brisbane, um die Werkzeugzeuge und Blechbänne abzuliefern, und hockten doch auch noch sechs Mann verlassen auf dem Eimer. Wir ruderten geradeswegs auf das Licht zu und schienen ihm auch näher zu kommen. Auf einmal saßen wir auf Land, sprangen auf die Erde und zogen die Bote einige Meter heran. Dann liefen wir einem willkürlichen Gebäude in den Rücken, das Licht war verschwunden, aber es schienen Leute im Haus zu wohnen. Wir lärmten in den Gängen und leuchteten die Winkel und Zimmer aus, bis eine Tür aufgeschlagen wurde und uns ein breitmüßiger, krautspißiger und etwas verängstigter Insulaner einige Worte eines tomischen Südsee-Französisch an den Kopf warf, daß wir grünen mußten. Was wir wohl in aller Nacht und bei diesem Wetter wollten? Er sei Teipo, der seinem Herrn, dem Monsieur Gustave de la Chavellerie, seit drei Jahren diene und ein Weib habe, schon wie eine Blume der Südsee. Was wir denn wollten? Wir fragten nach seinem Herrn, den er sofort wecken mußte, und wo wir denn eigentlich seien. Der breitmüßige Diener haubermischte etwas von Tahiti und Atobui. Es stellte sich nachher heraus, daß es Tahiti war, die größte der französischen Gesellschaftsinseln. Inzwischen kam auch Monsieur Gustave de la Chavellerie, wie es schien, ein sehr feierlicher, vornehmer und gut gewachsener Herr, das muß man schon sagen, schwer reicher Vanille- und Koprahändler, wie wir später erfuhr. Dem erzählten wir nun unser vorderebeltes Mißgeschick und baten um Hilfe. Monsieur de la Chavellerie murmelte noch einmal etwas über die unangenehme Störung durch die aristokratischen Jähne und schickte uns dann, da er, was zu verstehen ist, doch nicht mit seinem Fordwagen unseren „Kling“ nach Brisbane ziehen könne, nach dem nabegelegenen Papeete, der kleinen Stadt der Insel, woselbst Boote und vielleicht auch ein Dampfer lägen. Der Regen hatte inzwischen etwas nachgelassen und wir trauten alle etwas bedrückt durch den Kotosch nach Papeete. Es war hell geworden, der Tag lief mit schwarzen Flügeln über den Waldücken und pumpte uns das übermächtige Herz auf. Endlich fanden wir das Haus der französischen Verwaltung und belagerten eine Antorbartasse mit drei Mann und einem marokkanischen Berufstaugler frei. So konnten wir uns nun endlich wieder auf den Weg machen, um den Eimer von dem verfluchten Stein loszuwickeln. Die Bartasse hatte allerhand Kraft in den Reden, sie schob durch die Hüften, vielleicht glückte es, und wir lösten den Eimer damit aus dem Dreß ziehen.

Getto der Armen.

„... denn ich bin ja ein Mädchen für Geld.“

Umweit des Alexanderplatzes, über dessen tiefenhafter Baugrube, in der die Zementwände für den U-Bahntunnel errichtet werden, mächtig der rote Ziegelsteinbau des Polizeipräsidiums emporragt, nehmen die grauen Strahlen der „Münze“ ihren Anfang. Die Hamburger haben ihr „St. Pauli“ — die Berliner die „Münze“, in der die braven Bürger die Romantik des Verbrechens und Vasters nicht nur studieren, sondern auch von ihnen etwas — mindestens von dem letzteren — kosten können. So einen kleinen bitterlichen Tropfen...

Dort beginnt die Münzstraße: auf der einen Seite steht der Mammuthbau eines Warenhauses mit unendlich vielen Schaufenstern, hinter deren durchsichtigen Wänden die Schätze der Welt ausgebreitet liegen — dem Warenhaus gegenüber steht eine Polizeikaserne, die gleichfalls sehr viele Fenster hat, aus denen an schönen Sommerabenden die Polizisten auf die Straße schauen. Warenhaus und Polizeikaserne bilden das Tor zur „Münze“, deren buntes, perwegenes Leben in den dunklen Seitenstraßen des Scheunenviertels vergurgelt. Grenadierstraße, Dragonerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Schenkelgasse, Steinstraße, Pulaststraße und alte Schönhäuser Straße. — Bohlenortel, erste Station und unterste Stufe der offiziellen Juden, deren schwarze Schwärme bis Mitternacht auf den Straßen zu sehen sind. In diesem Viertel werden ganze Häuserreihen mit morschen und verdrehten Wohnhöhlen angelegt. Inbesseren spielt die trübe Flut des Lebens durch die Kanäle dieses sterbenden Stadtviertels.

Eine „Großdeffilation“ reiht sich neben die andere. Dazwischen Kinos, groß und klein. „Das Todesiasse“, „Der Ueberjoll auf die Staatsbank“, „Die Frauentrüber von Paris“, „Auf dem elektrischen Stuhl“, Sechs, zwölf, achtzehn Akte. Ununterbrochen Spielplan von 10 Uhr vormittags bis Mitternacht. Musikautomaten, deren mit lässigem Stuck geschmückte Vorderfronten — auf Rollen gebildete Englein blasen Schalmeyen — bis auf die Straße hinausgebaut sind, dudeln zu den Filmen die Begleitmusik. Wer nur muskelliebend ist, kann sie sich auf der Straße anhören. Von vormittags 10 Uhr bis Mitternacht. Im Winter schlafen und wärmen sich verzweifelte, gejagte und obdachlose Menschen in den heißen, stickigen Kinos. Vor mitttags 10 Uhr bis Mitternacht. Ohne jede Rücksicht. Dazu ununterbrochen Musik — die auf Rollen gebildeten Englein blasen stetig die Schalmeyen...

Die Etendogestalten, die die Destillationen füllen, haben aus ihnen Goldgruben gemacht. Die meisten sind überfüllt. Von morgens bis — — morgens. An einer Hauswand hängen über einer Kneipe sechs noch immer erleuchtete Nischen, Rollen. Eine große Rolle helles Bier kostet 20 Pf. und ein großer „Korn“ 10 Pf. — dort, wo die erleuchteten Nischen, „Rollen“ an der Hauswand hängen. An Schaufenster der Kneipe große Schüsseln voll Wurst, Fleischstücke, Gabeln, Spießchen, Schweineohren und Schnauzen, Döbenschwänzen und Bodwürsten. Und dampfende Kessel voll Erbsensuppe. Keller 25 Pfennig. Drienen, gehüllt in heißenden Labakqualm, drängen, schieben, laden und brüllen die Menschen an der „Theke“ und an den Tischen. Gelegenheitsarbeiter, Arbeitslose, Arbeitslose, Strohhändler („Gummimantel gefällig?“), „Einen echten Siegelring?“, Entwürfelle, aus dem Gefängnis Entlassene, Berufsverbrecher, die hier „Sore verschauern“, Zuhälter und Dirnen. Ein Klavier paukt, eine Trompete dröhnt, alles singt:

In Hamburg bin ich gewesen,
In Sammet und Seide gekleidt,
Meinen Namen darf ich nicht nennen,
Denn ich bin ja für jeden bereit.
Mein Bruder hat mir geschrieben,
Ich, Schwester, ach, lehre zurück,
Deine Mutter liegt schwerkrank danieder,
Sie bemeinet ihr unglückliches Kind.
Ach, Bruder, ich kann ja nicht kommen,
Ich hab' ja kein Glück auf der Welt,
Meine Ehre, die hab' ich verloren,
Denn ich bin ja ein Mädchen für Geld.

Sapperlot! Wir fuhren schon zehn Minuten über die Zeit hinaus, wir hatten gut Achtung gehalten, hier irgendwo muß er doch liegen, unter „Eimer“, jagten wir uns. Es war strahlendes Licht über der Südsee, wir konnten weit sehen. Der Himmel war ins Bläuliche getaucht, weit hinten am Horizont schon Intenfordener, aber, zum Teufel, wo war er denn? Wir sahen uns die Augen aus, ost-, west-, süd-, nordwärts. Weit und breit war nur Wasser und ein leichter, zarter Wind darüber. Vom Schiff aber war keine Spur zu sehen. Josua wurde unruhig und bekam Wasser in die Augen, uns allen trampfte sich das Herz zusammen. Wo sind Wulper, Strumpeter und der kleine Arien? Hat sie der Wind verschluckt, ohne Gruß und Abschied? Man kann doch nicht ein nahezu 50 Meter langes Dampfschiff, das eine ganze Anzahl Kubikmeter verdrängen konnte, in die Tasche stecken. Auch der Wind kann das nicht. Aber das Meer ist ein heimtückischer Gefelle, das kennt ihr, denn ist nicht zu trauen. Es öffnet den Rücken, und schwapp, hat es weg, was es haben will, wenn es ihm Spaß macht. Da hilft kein Toben, kein Inangriffgeben, da darfst du nicht um dich schlagen, du mußt ganz ruhig sein — es giebt dir Wasser in den Bausch, daß dir die Luft ausgeht, wenn du frech wirst, und du wirst dann schön dick und segelst hinunter, aufgeschwommen und mit Algen und Schwammzeug garniert, daß selbst die Fische dich nicht mögen. So geht es auch den Schiffsrutschern, wenn die Spanten faulen; das Wasser will überall hinein, um das, was noch hoch ist, vollzuzusen.

(Schluß folgt.)

Vielmännerei in Tibet.

Das in weiten Gebieten des Orients Vielweiberei besteht, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Aber weniger verbreitet dürfte die Kenntnis von der Vielmännerei in Tibet sein. Dort ist nämlich eine Frau das Eigentum der ganzen Familie. Heirat also der älteste Bruder eine Frau, so ist sie zugleich die Gemahlin aller anderen männlichen Geschwister. Auch Vater und Onkel des Mannes können sich an dieser Ehe beteiligen und selbst Freunde, d. h. nichtverwandte Männer, können in seltenen Fällen als Gatten dieser einen Frau zugelassen werden. Allerdings hat keiner dieser Gatten das Recht auf alleinigen Besitz der Frau und kann deswegen auch keine

Das ist das sentimentale und einseitige Lied, das hier am liebsten gesungen wird. Die Straßenmädchen singen es besonders gern. Sie nehmen für 30 Pf. jeden Mann mit und wollen das besungen haben. Mit dem Hamburger Lied. In den Tischen sitzen die Mädchen, ihre „Freier“ umhüllend, weil sie ihnen eine Erdbeerbombe für 25 Pf. spendiert haben und auch sicher „mitgehen“ werden — für 2 Mark. Der „Ober“ jongliert mit einem Tablett herum und verkauft belegte Brötchen, saure Gurken und gekochte Eier. Die Mädchen haben immer Hunger. Alte und junge, frische und verbrauchte, hübsche, sogar hübsche und ganz häßliche, sorglose und zerstreute und zerrutene, die sich an einem Glas Bier sättigen...

In einem Eckhaus ein „Schießsalon“, über dessen Schießstand — als „Erster Preis“ — ein verstaubtes Fahrrad hängt. Im Schießsalon stehen auch Quarköfen, die, nachdem man einen Groschen hineingeworfen und an einer Kurbel gedreht hat, allerhand zeigen: den „Einbruch ins Mädchenpensonal“, die „Hochzeitsnacht“ und „Lene, was hast du für Beine“. „Kur für Erwachsene“. Ab und zu drehen auch die Zwölfjährigen an der Kurbel und sind von der Hochzeitsnacht und Lenes Beinen ebenso enttäuscht wie die Erwachsenen...

Vor den Spiegelschneidern eines Schaufensters steht ein Rutzchen. Aus ihren Handöffnerchen tramt sie ihre Socken heraus und verpackt sie in ihre Toilette mit Puderdose, Wangenrot, Hautcreme, Augenwasser, Lippenstift und einem Rasiermesserchen, mit dem sie sich die Augenbrauen spärlicher kratzt. Die Mode, die der Kurfürstendamm kreiert hat; warum soll der Osten nicht tun, was der Westen nicht lassen kann? Das Rutzchen ist nun komplett und „odert“ ihren Strich. „Kommte mit?“, „Was kostet es denn?“, „10 Taler“. „Ja, soviel kann ich nicht ausgeben“, „Na, dann komm — ich hab' noch viel mal Handgeld — für zwei Mark“. Im Trab geht's zur „Absteige“, ein Haus, das die ganze Nacht offen ist. Hier ist immer großer Betrieb. Die schmale, turrnde Treppe wird durch eine Petroleumlampe erhellt. Auf den obersten Stufen des Treppenaufganges sitzen zwei Mädchen mit ihren „Stubben“ und warten, bis die drinnen fertig sind. Manchmal steht auch die Wohnungsinhaberin vor ihrer Wohnung, weil auch die Küche gebraucht wird. Kräfte hämmern gegen die dünnen Wände. „Kunne, halt dir nicht so lange uff!“ Eine andere Kiste befindet sich in einem Keller. „Kohlenhandlung“ steht über dem Eingang. Die Mädchen, die hier absteigen, nehmen die Männer für 2 Mark, mit 50 Pf. müssen sie jedesmal der Vermieterin geben. 150 Mark behalten sie für sich. Manche Mädchen „verdienen“ an einem Abend 10 Mark und mehr — viele verdienen an zwei Abenden garnisch. Alle zusammen aber verdienen für die „Zimmervermieter“ eine ganz bedeutende Summe. Und in den Kneipen und Cafés warten die Zuhälter auf ihre „Herden“. Hin und wieder giebt's Krach und Brüll. Drinnen und draußen. Auf der Straße hat sich eine verheiratete Frau auf ein Mädchen gestürzt und schlägt auf die Heberstraße mit einem Gummischlauch ein. „Du hast meinen Mann angefasst, du Huch...“ Polizisten tauchen auf und bringen die beiden zur Wache. Eine johlende Menge hinterher. „Die Erna ist alle gegangen, ruft mal ihren Olen!“ Wirtshauschweffern verteilen Traktäthen: „Denk an den Herrn!“

Die freudigen Mädchen der freudlosen Gasse denken an mehr als einen Herrn und tunnen das Mädchen. In Hamburg bin ich gewesen... Alfred Frische.

Rosenernte in Bulgarien. Wohl die ausgedehntesten Rosenkulturen besitzt Bulgarien in seinen Tälern von Kofanik und Kartowo. Weit ausgedehnte Wälder sind dort nur mit Rosen bepflanzt, die zurzeit in voller Blüte und damit im Zeichen der Rosenenernte stehen. Diese Ernte besteht in den Rosenblättern, die zur Herstellung von Rosenöl dienen. Die Ausfuhr von Rosenöl, in dessen Erzeugung Bulgarien den ersten Platz einnimmt, betrug im Jahre 1927 2400 Kilo im Werte von 185 Millionen Lema (5 500 000 Mark). Hauptabnehmer des bulgarischen Rosenöls sind Frankreich, die Vereinigten Staaten und Deutschland. Zur Herstellung von einem Kilo Rosenöl sind 3000 bis 5000 Kilo Rosenblätter nötig.

Entschädigung verlangen, wenn er z. B. den Ort wechselt. So kommt es vor, daß manchmal eine Frau Männer aus ganz verschiedenen Familien hat. Diese Vielweiberei herrscht in Tibet seit alters her und man glaubt den Grund für ihre Entstehung in wirtschaftlichen Voraussetzungen gefunden zu haben. Da das Land vor allen Dingen Agrarland ist, würde durch neue Familienbildung jedes größere Gut in kürzester Zeit zerstückelt werden, was natürlich den Ruin der gesamten Wirtschaft bedeuten würde. Allerdings fühlen sich die Frauen in dieser Rolle sehr wohl und berachten die Frauen anderer Gegenden, wo Vielweiberei herrscht. Es ist sicher so, daß in Tibet die Frau eine ganz bedeutende Stellung hat, während ihren verschiedenen Männern und vielleicht spricht man besser anstatt von gemeinsamen Besitzum mehrerer Männer an einer Frau davon, daß eine Frau viele Männer besitzt.

Pflanzen, die explodieren. An dem in Südeuropa und Asien einheimischen weißen Diptam (Diptamus albus), einem strauchartigen Gewächs mit weißen oder rosaroten Traubenblüten, kann man an warmen, windstillen Tagen eine seltsame Erscheinung wahrnehmen. Näher man sich plötzlich dem Strauch mit einem brennenden Licht oder Zündholz, so schießt plötzlich ein unerwartetes Feuerwerk auf: der Strauch ist in Flammen eingehüllt. Ist das Feuer aber ausgebrannt, so steht er wieder ganz unberührt da, und nur ein eigenartlicher Geruch zeugt noch von dem Feuerpiel. Als Ursache dieser Explosionen hat man ein in den Blüten des Diptam enthaltenes ätherisches Öl festgestellt, das die Eigenschaft besitzt, unter dem Einfluß der Wärme brennbares Gas auszuatmen. An heißen Tagen, wenn der Diptam in voller Blüte steht, ist die umgebende Luft oft so stark mit Gas angefüllt, daß es manchmal, vor Gewittern, zu einer Selbstentzündung kommen kann. Beim Menschen hat das Einatmen der Gase die Arbeit und selbst Bewußtlosigkeit zur Folge. Kleine feurige Explosionen kann man auch an dem in Westindien und in Südamerika vorkommenden Kojoubaum, auch Nierenbaum genannt, beobachten; seine Früchte, die Kojoubaumfrüchte, enthalten Zellenschichten, die mit einem brennbaren und leicht entzündlichen Öl angefüllt sind. Entzündet man in der Rinde einer Kojoubaumfrucht eine Flamme, so daß die Rinde erweicht wird, dehnt sich die Luft unter der Samenrinne aus und preßt nun das Öl aus der Frucht heraus. Im selben Augenblick entzündet sich das Öl und umhüllt die Rinde mit einem kleinen Funkenfeuerwerk; man bezeichnet daher die Früchte des Kojoubaumes oft auch als „Feuerwerksfrüchte“.

